WIE KÄMPFT DAS ILLEGALE DEUTSCHLAND

KČ 2·50

PRINTED IN CZECHOSLOVAKIA

WIE KÄMPFT DAS ILLEGALE DEUTSCHLAND?

BERICHT ANTIFASCHISTISCHER ARBEITER ÜBER DEN REVOLUTIONÄREN KAMPF IN DEN FASCHISTISCHEN MASSENORGANISATIONEN

VORBEMERKUNG

Die Beispiele des antifaschistischen Kampfes in den faschistischen Massenorganisationen in Deutschland sind von den illegalen Kämpfern selbst mitgeteilt worden. Unter den schwierigsten Bedingungen kamen Delegierte aus allen Industriegebieten Deutschlands zur Brüsseler Parteikonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands, berichteten über die Erfahrungen und Probleme des antifaschistischen Kampfes und arbeiteten selbst jene Politik für den antifaschistischen Massenkampf aus, wie sie in den Beispielen in dieser Broschüre dargestellt wird.

Zur antifaschistischen Arbeit in den Massenorganisationen.

Zehn Jahre lagen die Achäer vor Troja. Da sahen sie ein, dass sie die Stadt nicht mehr mit der bisher angewendeten Taktik einnehmen können, ihre Kader waren fast verloren, die Helden der Achäer waren fast alle in den Kämpfen erschlagen worden. Da fiel dem Odysseus ein, man muss etwas unternehmen, dass erstens das Heer bei den Mauern von Troja hält, und zweitens, was es ermöglicht, in die Reihen des Feindes oder seiner Befestigung einzudringen. Er kam auf den Gedanken mit Hilfe eines hölzernen Pferdes nach Troja hineinzukommen. Er machte ein hölzernes Pferd, aber er machte es grösser als die Tore von Troja, damit der Feind selber ein Stück der Mauern niederreissen musste, dann stieg er selbst ein, der Ausdenker des Planes, mit den Besten seiner Kämpfer, denn es sollte die Aufgabe gelöst werden, dem aussenstehenden Heere durch das Eindringen in die Festung von innen zu helfen. Das Pferd wurde den Trojanern als Geschenk dargebracht. In der Nacht war ein Fest und als die Trojaner betrunken waren, stiegen die Achäer aus, öffneten die Tore und ermöglichten so den Sieg. Das ist eine komplizierte Taktik, die hier angewandt wurde, aber sie brachte auch den Erfolg. Es wäre nicht richtig, einfach zu sagen: „Geht in die faschistischen Massenorganisationen“, sondern es kommt darauf an, wie in den Organisationen revolutionäre Arbeit zu leisten ist, wie und zu welcher Zeit man den Widerstand organisieren und einen Angriff, sei es selbst mit den Methoden des Feindes, auf den Feind machen kann, damit man wirklich das Herz des Feindes trifft.

Aus der Deutschen Arbeitsfront und den Betrieben:

Was geht im Bergbau vor sich?

Der Tarifvertrag im Bergbau ist seit der Machtübernahme Hitlers nicht verändert worden. Nach dem Tarifvertrag soll der Hauer bei 8 stündiger Arbeitszeit 7.77 Mk. verdienen. Was ist der Fall? Bei der grössten Schufterei und Quälerei gelingt es nur sehr wenigen Hauern diesen Tariflohn zu erreichen. Die Kumpels bekommen so grosse Abbauteile zugewiesen, dass sie gezwungen sind, um überhaupt auf ihren Lohn zu kommen, eine Viertel- oder halbe Schicht, ja sogar Doppelschichten zu verfahren. Dann kommen sie auf einen Lohn von 7.77 Mk. bezw. bei viel Ueberschichten auf 8 Mk.

Die Methoden des Lohnabbaus.

Wir hatten schon früher in legalen Zeiten einen ungeheuren Kampf zu führen gegen die Stützabbaumethoden. Man wollte unter aller Umständen Holz sparen, um einen grösseren Profit herauszuschinden und hat deshalb die breitere Abbaumethode eingeführt. Wo früher ein Kohlenfeld zu 1.50 m abgebaut wurde, wollte man dazu übergehen, es auf 2.20 m zu erhöhen, d. h. siebenfach breit abbauen. Nach dem Machtantritt Hitlers ist das gelungen. Sie haben diese neue Abbaumethode eingeführt. Der Kumpel muss noch mehr schuften als bisher. Die Unfallgefahr wächst, weil die Hohlräume grösser werden. Die steigenden Ziffern der Unfallstatistik im Bergbau zeigten die wachsende Ausplünderung der Bergarbeiter durch das Grubenkapital.

Ebenso ist man dazu übergegangen, das Fassungsvermögen der Kohlenwagen zu erhöhen. Man begründete es damit, dass die Kohle vom Wagen herunterfiele. Es wurde ein Kranz von 20 cm Höhe an jedem Kohlenwagen angebracht, so dass der Kohlenwagen, der früher 15 Zentner fasste, jetzt 20 Zentner Kohle enthält. Eine Mehrbezahlung erfolgt selbstverständlich nicht.

Die Ausbeutung der Schlepper und Lehrhauer.

Auf den Schächten gehen die Direktionen dazu über, 2 Schlepper zum Zimmerhauer zu stellen. Der Zimmerhauerlohn ist 1 Mk pro Schicht höher. Hier spart man, indem man die Schlepper zwingt, eine höher qualifizierte Arbeit zu geringerem Lohn auszuführen. Den Profit hat die Verwaltung. Das gleiche mit den Hauerkursen. Die Bestimmung lautet, dass nur der Hauer werden kann, der eine dreijährige bergmännische Lehrzeit hinter sich hat. So lange er kein Hauer ist, kann er nur einen prozentualen Lohn bekommen und

dieser beträgt 5—10% weniger. Man sagt den Lehrhauern, die eine dreijährige Tätigkeit hinter sich haben und sich zu einem Kursus melden, „hört, wir haben noch nicht genügend Anwärter für diesen Hauerkurs", — und zwingt sie so zu dem geringeren Lohn weiter zu arbeiten.

Das Strafsystem.

Nach der Machtübernahme der Faschisten wurde das Strafsystem in ungeheurem Maße gesteigert. Früher konnte man keine Strafen verhängen oder abziehen ohne Zustimmung der Betriebsräte. Heute wird danach nicht mehr gefragt. Der Vertrauensrat kann nur durch den Druck der Belegschaft sein Mitbestimmungsrecht erkämpfen. Man kann tagtäglich in der Strafkasse lange Streifen von Papier sehen, wo viele Kameraden mit Strafen belegt werden. Eine der typischsten Strafen ist die für unreine Kohle. Wenn ein Wagen kontrolliert wird und es finden sich mehr als 30 kg Steine — der Wagen kann von einer 50 Mann starken Kameradschaft kommen — so wird pro Kopf 50 Pfg. Strafe erhoben. Und wie ist es mit der — wenn man es so nennen will — „gerechten Bestrafung"? Ist es dem Arbeiter möglich, reine Kohle zu schicken? Nach dem heutigen Abbausystem ist das einfach unmöglich. Man geht dazu über, bei Flözen, wo ein loser Stein darüber ist, diesen gleichzeitig mit der Kohle abzubauen, so dass also, wenn der Hauer beim Kohlengewinnen ist, ihm jedesmal fast der ganze Stein in die Kohle fällt. Durch das uneinnige Antreihersystem hat er die grösste Mühe, reine Kohle herauszubringen. Er kann sich meist nur darauf beschränken, die grössten Brocken herauszuwerfen. All das kleine Zeug bleibt meistens drin, vielfach sogar auch grosse Stücke. Kommt dann so ein Waggon nach oben, wird er als unrein bezeichnet und die ganze Kameradschaft mit 50 Pfg., oft sogar mit 1 Mk. Strafe belegt. Das gleiche trifft zu auf den Mindermaßwagen. Es gibt Strecken bei uns im Bergbau, wo früher hundert Wagen geladen wurden und heute bis zu 1 200 Wagen beladen werden. Genossen, stellt Euch vor, was es bedeutet, in einer Zeit von 7 Stunden — man muss den Beginn der Arbeitszeit, die Einfahrt und die Ausfahrt abrechnen — 1200 Wagen Kohle zu laden. Das ist keine Kleinigkeit. Der Arbeiter hat also gar keine Zeit, diesen Kohlenwagen so zurechtzuschütteln, das die Kohle fest gepresst wird. Auf dem Wege oben ankommen, sind sie oft nicht ganz gefüllt. Fehlen vielleicht 10 cm, so gibt es wieder für die ganze Kameradschaft eine Strafe von 50 Pfg.

Nach der Einführung elektrischer Lampen.

Nun, Genossen, noch zu einer anderen Frage, die bei uns im Bergbau eine grosse Rolle spielt, das ist die Lampenfrage. Nach Einführung der elektrischen Lampen — früher hatten wir nur Benzinlampen — kann man feststellen, dass wegen dieser Frage ein

unausgesetzter Streit der Belegschaft mit der Verwaltung imgange ist. Die Verwaltung verstand es, dieser Schwierigkeit aus dem Wege zu gehen, indem sie die Beaufsichtigung der Lampen der Firma übergab, welche sie lieferte. Jedesmal, wenn eine kleine Reparatur an der Lampe zu machen ist — sie kann trotzdem noch monatelang brennen — kommt der Lampenmeister, der die Sache unter sich hat und prozentual an jeder Reparatur beteiligt ist, und macht aus der geringfügigen Reparatur eine grosse Sache. Die Lampe wird ausgebeult, es werden neue Fäden eingezogen, neue Birnen eingeschraubt und schon ist ein Betrag von 12.50 Mk. für den Kumpel fällig. Die Reparatur wird nur dann gratis vorgenommen, wenn durch Zeugen bewiesen werden kann, dass nicht durch die Schuld des Arbeiters die Lampe beschädig worden ist. Das kommt aber in den seltensten Fällen vor. Auf einer Schachtanlage war ein Schlepper, dessen Lampe im Schacht herunterfiel, sie war vollkommen zertrümmert. Der Schlepper hatte keine Zeugen, die beweisen konnten, dass er nicht die Schuld daran trug. Nun stellt Euch vor, was es für diesen Arbeiter bedeutet, wenn er für die Reparatur dieser Lampe 35 Mk. bezahlen muss, wo ein solcher Arbeiter oftmals nicht in der Lage ist, sein Kostgeld zu bezahlen.

Die Vertrauenärzte — Werkzeuge der Knappschaft.

Ein besonders krasses Kapitel sind die Vertrauensärzte. Durch die vielen Feierschichen sind die Leistungen der Krankenkassen sehr gering geworden, aber durch das unerhörte Antreibersystem steigen die Krankenziffern oft ins Ungeheure. Oft feiert ein Drittel der ganzen Belegschaft. Den Revierärzten wird jegliches Bestimmungsrecht über die Dauer der Krankheit genommen. Feiert ein Kumpel drei Tage oder 6 Tage krank, wird er zum Oberarzt geschickt, einem willigen Werkzeug der Knappschaft und von diesem, ungeachtet seiner Krankheit gesund geschrieben. Ich will hierfür ein Beispiel geben: Wir hatteen einen herzkanken Hauer, der gleichzeitig Anzeichen einer Staublunge durch das dauernde Arbeiten mit dem schweren Bohrhammer hatte. Er wurde krank. Man schickte ihn zum Oberarzt. Dieser sagte: „Sie sind gesund. Sie können arbeiten“. Der Hauer war Vater von 5 Kindern, er ging arbeiten Nach der halben Schicht brach er zusammen. Er musste ausfahren. Während der Beamte ihm noch den Krankenschein ausstellte, bekam er wieder einen Anfall und brach erneut zusammen. Kurze Zeit später war er schon tot. Im Bericht heisst es: „Gestorben an Herzschwäche“. Die Kameraden sind gezwungen, so lange zu arbeiten, bis sie zusammenbrechen. Sie sagen so: Was nutzt das Krankfeiern? Ich feiere drei Tage krank und bekomme nichts. Feiere ich noch drei Tage, schreibt mich der Oberarzt gesund. Also gehen wir, so lange wie wir können. Wenn man sich einmal die Mühe macht, bei Schichtschluss an die Zechentore zu gehen und die Kumpels mit ihren fahlen mageren Gesichtern und ihren krum-

men Rücken sieht, dann weiss man, wie es den Bergarbeitern geht. Der Bergarbeiter fühlt jeden Tag die Schwere seines Berufes, wie er ausgebeutet wird, und wie ihm von niemandem geholfen wird. Er muss einfach arbeiten gehen bis er verreckt. Feiert er krank, so muß er die Deputatkohlen von seinem Krankengeld bezahlen, ebenso die Miete für die Werkswohnung.

Unsere Losungen zur Kampfmobilisierung im Bergbau

Für welche Forderungen kann man die Bergarbeiter gewinnen? Der Kampf für demokratische Rechte und Freiheiten, das ist auch der Kampf um den Tarifvertrag. Dieser Tarifvertrag wurde abgeschlossen zu einer Zeit, wo der Arbeiter noch Rechte hatte. Hier müssen wir anknüpfen. Wir fordern die Abschaffung des Metergedinges; die Wiedereinführung der alten Abbaumethoden; bei grösserem Fassungsvermögen — höhere Bezahlung des Wagengedinges; Durchführung der Hauerkurse; Abschaffung der Strafen für unreine Kohle und Mindermaß; Kontrolle der Belegschaften über die ohne Nummer beförderten Wagen; kostenlose Reparatur der Lampen; Abschaffung der Zwangsabgaben für die Winterhilfe; freie Belieferung von Deputatkohlen sowie freie Miete während der Krankheit; auf Grund der ungeheuren Feierschichten sowie der Teuerung eine generelle Lohnerhöhung.

Wie können wir den Arbeitern beweisen, dass diese Forderungen durchführbar sind? Wir erinnern an die hohen Direktorengehälter, an die grosse Zahl der Direktoren. Wir fordern die Abschaffung der verantwortungslosen Fahrsteiger, dieser Parasiten, die unten herumlaufen und keine andere Arbeit haben, als die Bergarbeiter anzutreiben. Wir zeigen auf, welche Reingewinne die Grubenbetriebe haben. Ich will einige Beispiele anführen:

Auf einer Schachtanlage betrug im Jahre 1934 der Reingewinn 2½ Millionen Mark. Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat zahlt jährlich seinen Vorstandsmitgliedern die Summe von 524.354 Mark. Die Harpener Bergwerksgesellschaft zahlt ihren Vorstandsmitgliedern im Jahre 355.592 Mark. Wenn wir das den Bergarbeitern sagen, kameradschaftlich mit ihnen darüber sprechen, so werden sie begreifen, dass unsere Forderungen durchführbar sind. Wir müssen in der DAF (Deutsche Arbeitsfront), in den Schächten für die Durchführung dieser Forderungen kämpfen. Wir müssen die Kreisleitung der Deutschen Arbeitsfront und die Vertrauensräte unter den Druck der Belegschaften setzen. Wir müssen energisch handeln, die Lebensverhältnisse der Bergarbeiter sind katastrophal.

„Für die Organisierung gemeinsamer Kampfaktionen zur Verteidigung der täglichen Interessen der werktätigen Massen, für die Schaffung der Einheitsfront und der Volksfront sind die von den Faschisten beherrschten Massenorganisationen, in die das werktätige Volk hineingetrieben wurde, das entscheidende Wirkungsfeld. Das trifft vor allem auf die „Deutsche Arbeitsfront" zu, in der sich die Massen der von den Faschisten aufgelösten Gewerkschaften befinden... Auch in allen übrigen, von den Faschisten beherrschten Massenorganisationen sind grosse Möglichkeiten der Organisierung einer Opposition unter den mit der grosskapitalistischen Politik der Hitlerregierung unzufriedenen Elementen, für eine systematische Aufklärungsarbeit unter den politisch indifferenten oder den Faschisten noch folgenden Mitglieder dieser Organisationen gegeben."

(Aus der Resolution der Brüsseler Parteikonferenz der KPD.)

Die Belegschaft solidarisiert sich mit einem gemassregelten Vertrauensrat.

Auf einer Schachtanlage wurde ein Steiger Obmann des Vertrauensrates. Ehrlich glaubte er an die Versprechungen der Naziführer. Schon in der Legalität setzte er sich für die Interessen der Arbeiter ein und zeichnete sich durch sein kollegiales Verhalten gegenüber der Arbeiterschaft aus. Alles, was ihm zu Ohren kam, brachte er bei der Verwaltung vor und setzte auch wirklich Verbesserungen durch. Hier knüpften unsere Genossen an. Wenn die Arbeiter eine Beschwerde oder Forderung hatten, so schickte man sie zu ihm. Dadurch kam dieser Vertrauenratsobmann, weil er sich wirklich um die Interessen der Belegschaft bemühte, rasch in ein gespanntes Verhältnis zur Verwaltung. Es kommt öfter im Bergbau vor, dass Kohlenwagen herausgefördert werden, die auf dem Wege nach oben die Nummer verlieren und man nicht feststellen kann, auf welche Nummer diese Wagen zu schreiben sind. Diese Wagen werden dann der Unterstützungskasse der Schachtanlage zugeführt; das war auch schon in der legalen Zeit so. Die Verwaltung hatte zur Registrierung dieser Wagen ein gefügiges Subjekt eingesetzt, das weniger Wagen aufschrieb, als in Wirklichkeit ohne Nummer herauskamen. Hier verlangten unsere Genossen, dass jeder Wagen, der ohne Nummer herauskommt, genau notiert wird. Der Obmann des Vertrauensrates stellte sich eine ganze Schicht oben am Schacht hin und registrierte diese Wagen, die ohne Nummer kamen. Da stellte sich

heraus, dass gegenüber anderen Tagen, wo 10 — 12 Wagen aus dem Schacht kamen, an diesem Tage 200 Wagen ohne Nummer befördert wurden. Es kam zu einem grossen Krach mit der Verwaltung. Daraufhin versuchte diese dem Obmann eins auszuwischen. Man beschuldigte ihn, er solle Geld aus der Sterbekasse genommen haben, ohne richtige Quittung und ohne Unterschrift. Diese Sache war vollkommen klar, er hatte die Einwilligung des Vorstandes der Sterbekasse. Trotzdem aber wurde er zwangsbeurlaubt und seines Postens als Vertrauensratsvorsitzender enthoben. Unsere Genossen reagierten richtig. Sie verteilten Flugblätter mit der Losung: Wir stehen hinter unserem Vertrauensrat, er hat unsere Interessen vertreten, wir fordern eine Belegschaftsversammlung, auf der der Vertrauensrat sprechen soll. Auf den Druck der Belegschaft musste nun tatsächlich der neueingesetzte Vertrauensrat eine Belegschaftsversammlung einberufen. Eine derartige Versammlung hatte die Belegschaft noch nicht erlebt. Selbst nicht in der legalen Zeit. Man hatte zu dieser Versammlung einen Bonzen aus Essen geholt, der der Belegschaft einhämmern sollte, wie verwerflich das Verhalten dieses Mannes gewesen sei. Und nun konnte man feststellen, dass sogar Kameraden, die sonst kein Wort sagen konnten, empört waren über diese Gemeinheit der Faschisten, über das Verhalten der Verwaltung und das Zusammenarbeiten mit den Faschisten. In ihrer gesunden und kräftigen Bergmannssprache traten sie auf und forderten, dass der braune Bonze aus der Versammlung zu verschwinden hätte. Daraufhin forderte dieser Bonze die SA und SS auf, den Saal zu räumen. Aber auch diese standen hinter der Belegschaft und rührten keine Hand, ihm zu Hilfe zu eilen. Man musste die Polizei holen, die den Saal räumte.

Ein wichtiger Hinweis: Wir müssen die faschistischen „Arbeitergesetze" studieren.

Wir haben mit Vertrauensräten und Nazianhängern oft die Erfahrung gemacht, dass sie wirklich ehrlich an die nationalen Phrasen glaubten, aber mit der Zeit eine gewisse Enttäuschung Platz griff. Diese Vertrauensräte und diese Nazianhänger kommen zu unseren Genossen, zu unseren Anhängern, die sie noch von früher her kennen, um von ihnen etwas zu hören. Sie wollen eine Stimme der Opposition hören, darüber, was man tun kann. Hier stellen wir oft fest, dass unsere Genossen dann nicht verstehen, bei solchen Leuten geschickt und ruhig den resten Schritt der Gewinnung für uns zu tun. Hier kommt häufig der alte Groll in Gestalt eines gewissen Sektierertums zum Ausbruch und unsere Genossen sagen: „Ihr habt Euch den Kram eingebrockt, nun löffelt ihn auch aus." So können wir diese Leute nicht gewinnen. Wir müssen sie gewinnen, weil wir gerade durch solche Arbeiter wichtige illegale Arbeiten durchführen können und gewinnen durch sie erst einen wirklichen Einfluss in den faschistischen Massenorganisationen. Wir

müssen deshalb auch zu den Vertrauensräten, soweit es sich nicht um ausgesprochen faschistische Schufte handelt, ein wirklich freundschaftliches Verhältnis haben. Wir müssen uns darum mit den Gesetzgebungen und den Ley'schen Verordnungen ernsthaft befassen, damit wir diesen Vertrauensräten, die sich oft in ihren eigenen Gesetzen nicht mehr zurechtfinden, helfen, ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Ich glaube, wenn wir so an die Fragen herangehen, wenn wir uns so um die Arbeiter kümmern, dann wird es uns gelingen, die Bergarbeiter gegen die masslose Ausbeutung zum Widerstand und zu Aktionen gegen den Faschismus zuführen.

Die Parteizelle stand nicht an der Spitze der Massen.

Statt den SA-Proleten vor dem Hitlerterror zu schützen, verharrt unsere Zelle im Sektierertum.

Auf einer Schachtanlage führten wir schon vor der Machtergreifung Hitlers einen Kampf gegen die Aenderung des Gedingesystems. Früher bestand das Wagengedinge. Es gelang der Verwaltung, das Metergedinge einzuführen. Dieses war so berechnet, dass bei der grössten Antreiberei und Schufterei die Kumpels nicht in der Lage waren, auf ihren Lohn zu kommen. Man setzte einen Nazi als Rutschenführer ein. Die Arbeiter traten an diesen SA-Mann heran und sagten: „Wir sind der Meinung, dass nach all den Versprechungen, nach den Reden unseres Führers diese Antreiberei und Schufterei endlich aufhören soll." Der SA-Mann fühlte sich durch das scheinbare Vertrauen der Arbeiter geehrt und glaubte, jetzt sei der Moment gekommen, wo er seine Auffassungen über den Nationalsozialismus des Führers durchsetzen müsse. Zunächst kam er in Disput mit dem Steiger, der es ablehnte, irgend eine Erhöhung des Lohnes zu geben. Daraufhin ging dieser SA-Mann dazu über, die Arbeiter aufzufordern, nicht mehr Meter zu machen, als es menschenwürdig sei. Natürlich fackelte die Verwaltung nicht lange und warf diesen SA-Mann aus dem Betrieb. Als er dabei noch eine kleine Vorstellung bei der Verwaltung geben wollte, alarmierte diese die Polizei und der SA-Mann konnte dann im Konzentrationslager nachdenken über die Möglichkeiten im Dritten Reich, Arbeiterinteressen zu vertreten. *Was taten unsere Genossen?* Wir hatten eine Zelle von 82 Mann. Die Arbeiter traten an unsere Genossen heran und forderten Massnahmen gegen die Massregelung und Verhaftung. Unsere Genossen aber sagten: „Was geht uns der SA-Mann an, sie haben sich selbst ihre Suppe eingebrockt. Solche Beispiele müssen kommen, damit die Nazianhänger sehen, wie sie irregeführt werden, wie die Versprechungen ihrer Führer aussehen, die nichts anderes sind als Phrasen."

Solche Auffasungen sind falsch und schädlich und unsere Leitung ist ganz entschieden dagegen aufgetreten. Unsere Genossen hätten die Stimmung in der Belegschaft ausnützen müssen zur Organisierung des Widerstandes. So verharrten sie in Sektierertum, isolierten sich von der Belegschaft. Noch mehr, sie rieben sich schadenfroh die Hände, weil kein SA-Prolet die von Hitler eingebrockte Suppe auslöffeln kann. Vergassen nachzudenken, dass das Schicksaal dieses SA-Mannes das Schicksal Hunderttausender Proletarier ist, die zusammenstehen müssen gegen den Hitlerterror. Was musste die Zelle tun?

Sie musste mit allen Antifaschisten den Kampf um die Befreiung des SA-Mannes aus dem Konzentrationslager und seine Wiedereinstellung im Betrieb führen.

Eine vorbildliche Unterbezirksleitung.

Sie half der Gewerkschaftsgruppe durch sorgfältige Instruierung das Sektierertum zu überwinden und legale Arbeitsmethoden anzuwenden.

In einem Textilbetrieb mit 600 Mann Belegschaft bestand eine Gewerkschaftsgruppe von 12 Mitgliedern. Diese setzte sich aus 3 Genossen, 7 Parteilosen und 2 Sozialdemokraten zusammen. Diese Gewerkschaftsgruppe beschränkte sich auf die Kassierung von Beiträgen und den Vertrieb von Material. Bei einer Gewerkschaftskonferenz sprach der Leiter dieser Gruppe, ein Kommunist, über die Lage in seinem Betrieb. Er führte aus: „Die Stimmung der Arbeiter sei eine sehr gute, aber die Arbeiter wollen nichts Ungesetzliches tun." Wir unterhielten uns etwas mehr über die Arbeit dieser Gruppe und stellten fest, dass diese Gruppe 18 „Rote Fahnen" und über 40 Zeitungen des illegalen „Textilarbeiters" vertrieb. Wie ueimt sich das zusammen? Sie wollen nichts Ungesetzliches tun und doch vertreibt man illegale Zeitungen, obwohl sie wissen, dass man damit rechnen muss, ein paar Jahre Zuchthaus abzukriegen oder sogar totgeschlagen zu werden. Diese Gruppe hatte eine starre Organisationsform, war nicht innerhalb der DAF organisiert, sondern ihr gegenübergestellt. Sie versuchte nicht die Stimmung der Arbeiter auszunutzen. Sie stellte nur fest, dort ist ein Arbeiter, der ist gut, denn er sagte den Faschisten die Wahrheit, und dann versuchte sie ihn für die illegale Gewerkschaftsgruppe zu gewinnen. Aber in den meisten Fällen war es so, dass der Arbeiter, der etwas von einer illegalen Organisation hörte, sofort an Zuchthaus und Konzentrationslager dachte und nicht zu bewegen war, in die illegale Organisation zu kommen. Der Leiter, unser Genosse, hatte dazu noch eine solche Einstellung, dass er glaubte, bei der Stimmung im Betrieb würde nur noch ein grösserer Lohnabbau fehlen und der ganze Laden würde stillstehen.

Ein gutes Beispiel, wie sich Sektierertum mit dem Spontanietätsglauben verbindet. In der Praxis kam es dann auch ganz anders. In der Weberei, wo 60 Arbeiter beschäftigt sind, erfolgte ein direkter Lohnabbau. Die Weber bekamen ihre Arbeit nach Gewicht

bezahlt. Früher mussten sie bei starkem Garn 100 Schuss machen. Jetzt erhielten sie aber schwächeres Garn und müssen 120—130 Schuss machen, um dieselbe Gewichtsmenge bei viel längerer Arbeitszeit zu verarbeiten. Das bedeutete einen direkten Lohnabbau. Gerührt hat sich keiner, trotzdem der Widerstandswille vorhanden war, blieb es nur bei Diskussionen.

Der erste Schritt.

Wir suchten in diesem Betrieb eine Verbindung zu einem anderen Mitglied der Gewerkschaftsgruppe, weil uns der Leiter sehr viel erzählte, aber nicht aktiv eingriff. Dieser Genosse hatte eine gesunde Anschauung, er sah die Notwendigkeit der Organisierung des Kampfes und begriff, dass der Widerstandswille in bestimmte Bahnen gelenkt werden muss. Wir sprachen uns über die Verhältnisse im Betrieb aus und stellten fest, dass die Arbeiter jede Woche ohne Bezahlung eine Stunde Maschinen putzen mussten. Die Vergütung dieser Stunde wurde ihnen bei Beginn der Hitlerzeit genommen. Wir fragten, ob es nicht möglich wäre, über diese Frage eine Diskussion auszulösen und darüber hinaus die Arbeiter zu überzeugen von der Notwendigkeit, einzeln oder als Delegation zum Vertrauensrat und zum Meister zu gehen, um die Bezahlung dieser Stunde zu fordern. Der Genosse war damit einverstanden. In seiner Abteilung waren drei Mann von der illegalen freigewerkschaftlichen Gruppe. Sie einigten sich darüber, dass jeder mit 2 oder 3 Mann diskutiert. Sie waren entschlossen zu versuchen, eine Delegation zu organisieren. Unser Genosse sprach mit dem Nazi-Vertrauensrat, einem strammen Nazi, er war einverstanden, mit der Betriebsleitung zu verhandeln. Der Vertrauensrat hatte Mut, weil er glaubte, seine Zeit zum Handeln sei gekommen. Unser Genosse ging mit ihm. Der Betriebsrat sagte — „Natürlich wird gezahlt". Unser Genosse war sehr erstaunt. „Aber" — erklärte der Unternehmer — „nur für Euch beide wird gezahlt, nicht etwa für die ganze Abteilung." Als sie herausgingen, sagte der Vertrauensrat zu unserem Genossen: „Das bleibt unter uns, wir beide sind gegangen, die anderen haben sich ja nicht getraut." Unser Genosse hat das Ergebnis trotzdem in der Abteilung weitererzählt. Der grösste Teil der Arbeiter hat sich daraufhin gesagt: Warum sind wir nicht auch gegangen; sie dachten auf Widerstand zu stossen. Jetzt war schon die Stimmung so weit, dass unsere Genossen fühlten, wenn jetzt etwas organisiert wird, steht ein grosser Teil der Arbeiter hinter uns.

Wir zwingen die DAF-Bürokratie, unsere Forderungen zu vertreten.

In der Weberei sollte ein Akkord um 50% abgebaut werden. Unsere Genossen reagierten sofort auf die Stimmung der Arbeiter,

und forderten sie auf, gemeinsam mit dem Vertrauensrat auf dem Büro der „Deutschen Arbeitsfront" vorstellig zu werden und die Rücknahme des 50%igen Lohnabbaus zu verlangen. 40 Arbeiter gingen geschlossen nach Feierabend zum Büro der „Deutschen Arbeitsfront". Dort erklärte ihnen der Arbeitsfrontbonze: „Geht beruhigt in euren Betrieb. Ich komme morgen hin und werde mit dem Chef über die Zurücknahme des Akkordabbaus verhandeln." Unsere Genossen liessen sich, aber darauf nicht ein und es kamen Zwischenrufe: „Du musst aber beizeiten kommen. Wir fangen nicht früher an, ehe wir nicht die Garantie haben, dass der alte Lohn gezahlt wird." Am anderen Morgen waren alle im Betrieb. Es war eine gute Kampfstimmung. Kein Mensch fasste die Maschinen an, niemand hat gearbeitet. Um 9 Uhr kam der Arbeitsfrontbonze und war darüber erstaunt, dass die Arbeiter Widerstand leisteten. Er beruhigte sie und sagte: „Ich gehe sofort zum Direktor". Nach einer gewissen Zeit kam er heraus mit dem Ergebnis; der Akkordabbau ist zurückgenommen, aber nicht in seiner vollen Höhe. „Ihr bekommt euren Lohn garantiert." Die Arbeiter waren damit aber nicht zufrieden und nur durch die Drohung, dass, wenn sie die Arbeit nicht aufnähmen, mit gesetzlichen Massnahmen eingeschritten würde, konnten die Arbeiter veranlasst werden, die passive Resistenz abzubrechen.

Das war schon ein wirklich grosser Erfolg unserer Arbeit.

Unser legales Auftreten sicherte den Erfolg.

Wir sehen, wenn wir bewusst den Willen der Arbeiter in bestimmte Bahnen lenken, kommen wir auch zu Aktionen. Im Verlauf des Kampfes war es uns möglich, die starre sektiererische Organisationsform und Arbeitsweise zu überwinden. Wir gaben uns nicht mit der Existenz der Gewerkschaftsgruppe und der Werbung neuer Mitglieder zufrieden. Durch die Aufrollung der Lohnfrage und ihre legale Durchsetzung durch den Druck der Belegschaft auf den Vertrauensrat und die DAF erreichte die Belegschaft diesen Erfolg. Was konnte unseren Genossen passieren? Der Nazi-Vertrauensrat machte den Vorsprecher. Das war eine richtige Ausnutzung der in den Betrieben vorhandenen legalen Möglichkeiten. Der Vertrauensrat war ein eingefleischter Nazi, sogar bereit, sobald er etwas über die illegale Organisation erfahren hätte, die Genossen hochgehen zu lassen. Aber hier verstand es unser junger Genosse, der erst in der Illegalität zur Gewerkschaftsgruppe kam, keine politische Schulung und über keine grossen Erfahrungen im Kampfe verfügte, eine richtige Kampfmobilisierung durchzuführen.

Wir ziehen aus dem Beispiel vor allem die Lehre, dass am Anfang der gewerkschaftlichen Bewegung die sorgfältige Vertretung der täglichen Interessen der Arbeiter steht. Anfangs werden sich die Kollegen in loseren Formen verständigen, später festere Gruppen organisieren.

Wie die Betriebsfraktion der SPD und die kommunistische Parteizelle um die Wiederaufstellung eines Nazivertrauensrates kämpften.

Eine unserer Betriebszellen propagierte innerhalb der Belegschaft von Mund zu Mund die Herabsetzung der Beiträge für die Winterhilfe von 20 auf 10 Prozent. Mehrmals forderten unsere Genossen, aber auch andere Kollegen den nationalsozialistischen Vertrauensrat auf, diese Forderung der Belegschaft bei der Direktion zu vertreten. Er lehnte das ab, weil nach seiner Meinung die Belegschaft kein Recht habe sich über einen niedrigen Verdienst zu beklagen und wohl in der Lage sei, 20 Prozent für die Winterhilfe zu geben. Als die Arbeit trotzdem zum Lohnbüro gingen, um gegen den Abzug vo 20 Prozent zu protestieren, beschimpfte der Vertrauensrat die Arbeiter als Gegner der Volksgemeinschaft. Allmählich aber, als die Arbeiter nicht nachliessen, den Vertrauensrat zu überzeugen, dass es für sie unmöglich sei, solche Beiträge für die WH zu zahlen, und er sich durch die Aktion der Abteilung immer mehr ausgeschaltet sah, gelang es, den Vertrauensrat dazu zu bekommen, diese Forderung bei der Direktion durchzusetzen. Das hatte zur Folge, dass er bei der nächsten Vertrauensratswahl von der Direktion nicht mehr aufgestellt wurde. Unsere Zelle, die bereits mit der im Betrieb vorhandenen SPD-Fraktion die Verbindung aufgenommen hatte, propagierte die Wiederaufstellung dieses nationalsozialistischen Vertrauensrates. Unsere Genossen handelten richtig, als sie mit der sozialdemokratischen Betriebsgruppe für die Kandidatur dieses Nazi-Vertrauensrates eintraten, der bereits mit seiner nationalsozialistischen Auffassung in Konflikt geraten war.

Wir verlieren das Vertrauen der Arbeiter, wenn wir auf eine antifaschistische Arbeit in den Massenorganisationen verzichten.

In einem Ort machte ein Funktionär eine Aufstellung, ob und wo unsere Genossen und Sympathisierenden in den faschistischen Massenorganisationen verankert sind. Da stellte sich dann heraus, dass in einem einzigen Ort 12 Genossen und sympathisierende Arbeiter Mitglieder der „Deutschen Arbeitsfront" waren und in ihr Funktionen bekleideten. Bis zu diesem Zeitpunkt haben wir davon nichts gewusst. Wie kam das? Nur deshalb, weil wir bis dorthin keine aktive Arbeit in den Massenorganisationen leisteten. Was haben wir nun gemacht, um diesen Zustand zu ändern? Wir haben zunächst einmal festgestellt, wie stehen diese Genossen und sympathisierenden Arbeiter zu einer revolutionären Arbeit in der „Arbeitsfront". Unsere Feststellung lief darauf hinaus, dass diese Genosen und Sympathisierenden zwar Funktionen in der „Arbeitsfront" hatten, aber diese

nicht zu einer revolutionären Arbeit auswerteten. Sie hatten regelmässig ungefähr 100 Arbeiter zu betreuen, zu kassieren, Zeitungen zu verteilen etc. und betätigten sich vollkommen im Sinne des faschistischen Staates und der faschistischen „Arbeitsfront".

Sie diskutierten wohl gelegentlich mit den Arbeitern, die sie besuchten, aber nicht im positiven revolutionären Sinne. Sehr oft wurden unsere Genossen scheel angesehen, weil die Arbeiter sagten: „Seht Euch einmal diese ehemaligen Kommunisten an; sie sind in diesen Organisationen; das sind keine revolutionären Arbeiter mehr." Eine solche Kritik war nur möglich, weil diese Genossen gewissermassen von ihrer revolutionären Plattform abgegangen, weil sie nicht die Notwendigkeit gesehen haben, den Kampf innerhalb dieser Organisationen zu führen. Das musste sie in ein falsches Licht bei der Arbeiterscharft bringen.

Nichts sollen wir unausgenützt vorübergehen lassen.

Auch wir Kommunisten sind für „Schönheit der Arbeit". Wir forderten einen sauberen Speiseraum.

In der Kampagne, die die Nazis zur „Schönheit des Arbeitsplatzes" führen, nahmen Betriebsarbeiterinnen, die sozialdemagogischen Phrasen der Nazis ernst und stellten ihre eigenen Forderungen. Diese Forderungen sahen so aus: Eines Morgens kamen die Arbeiterinnen in den Betrieb und fanden im Treppenaufgang am Fenster Blumen. Die Arbeiterinnen sagten: „Ja, natürlich, Blumen sind sehr schön, aber in der nächsten Woche wird man uns wieder unseren Lohn abbauen". Die stellten die Frage so: Warum sollen wir uns an den Blumen nicht freuen, wir wollen auch Blumen sehen. Aber richtiger wäre es, wenn man uns einen sauberen Raum gäbe, damit wir unser Frühstück anständig einnehmen können. In der darauffolgenden Versammlung stellten sie die Forderung eines Speiseraumes, Ventilation im Garderobenraum und Reinigung der Luftabzüge.

Anmerkung: Besonders jetzt nach der Aufforderung durch die DAF, Vorschläge für die „Schönheit des Arbeitsplatzes" einzureichen, müssen alle Genossen und Antifaschisten die grösste Initiative und Selbstständigkeit entwickeln. Wir sprechen mit den Vertrauensräten über die Bildung von Kommissionen zur „Schönheit der Arbeit" in den Abteilungen. Wir machen Vorschläge und treten ein für ihre Verwirklichung. Wir fragen Dich:

Gibt es bei Euch im Betrieb einen anständigen Waschraum mit Warmwasseranlage? Habt Ihr anständige Garderoben und jeder einen verschliessbaren Schrank? Wenn Ihr während der Frühstücks- oder Mittagspause immer noch auf den Kisten herumhockt, dann verlangt einen sauberen und hellen Speiseraum, Schutzvorrichtungen an jeder Maschine. An allen Ecken und Kanten fehlt es an „Schönheit der Arbeit" im Betrieb. Nutzt die legale Möglichkeit zur Mobilisierung der Massen für ihre täglichen Interessen aus. Für jeden Antifaschisten gibt es eine grosse Aufgabe zu erfüllen!

Kampf um die Forderungen der Jugend.

Viele Forderungen der Hitler-Jugend sind unsere eigenen. Wir kämpfen gemeinsam für ihre Durchführung.

Wir hatten ein Flugblatt zum Reichsberufswettkampf hergestellt. Das Flugblatt enthielt nur Forderungen, wie sie von der Hitler-Jugend vertreten wurden. Es war überschrieben: Reichsjugendführer und unterschrieben von Baldur von Schirach. Dieses Flugblatt war so abgefasst, dass selbst unsere Genossen fragten, ist es von uns oder von der Hitler-Jugend? In einer Berufsschulklasse hat der Lehrer das von uns verteilte Flugblatt gelesen, auch die Schüler. Der Lehrer schüttelte den Kopf, steckte das Flugblatt ein und eröffnete den Unterricht. Die Jugendlichen haben darüber diskutiert. — Ich denke, es ist nicht schlecht, wenn die ganze Berufsschulklasse über die Forderungen der Hitler-Jugend „Drei Wochen bezahlten Urlaub" diskutiert und Schritte unternimmt für ihre Verwirklichung. So müssen wir an die nationalsozialistischen Versprechungen anknüpfen, für ihre Verwirklichung eintreten, dann werden wir vorwärts kommen. Dann wird sich auch die Einstellung gegenüber der Hitler-Jugend ändern.

Urlaubszuschlag erkämpft.

Der Jugendsprecher arbeitet vollkommen legal unter den Jugendlichen im Betrieb.

Ich will von einem Jugendsprecher erzählen, der verstand die Jungarbeiter zu gewinnen für die Wahrnehmung ihrer Interessen im Betrieb. Wie arbeitet dieser Genosse? Er las die Zeitung seiner Branche. Da stand drin, dass in einem Betrieb der Meister eine betriebsführung veranstaltet, damit die Lehrlinge den ganzen Betrieb kennen lernen. In einem Artikel wurde gegen die Nachtarbeit polemisiert. Von einem Betrieb wurde berichtet, dass Urlaubsbeihilfe für die Lehrlinge bewilligt wird. Ein Meister wurde gelobt, weil er seinen Lehrlingen Milch gab. Unser Genosse hat diese Zeitung genommen und mit den Jungarbeitern diskutiert. Die Jugendlichen haben auf einmal begonnen die Zeitung zu lesen und sagten, das ist knorke, wenn wir den Betrieb kennen lernen, wenn wir Urlaubsbeihilfe kriegen. Wochenlang wurde diskutiert, eine richtige Stimmung geschaffen. Überall wurde gesprochen von Urlaubszuschlägen usw.

Alle vier Jugendsprecher dieses Betriebes, unter ihnen unser Genosse, der die Initiative hatte, gingen zum Vertrauensrat. Unser Genosse hat so beiläufig erwähnt, man müsse eine Versammlung abhalten. Er hat diesen Gedanken hineingetragen. Der Vertrauensrat hat wochenlang versucht zu sabotieren, aber als das nicht mehr ging, musste er eine Versammlung einberufen mit der Tagesordnung: Diskussion über die Wünsche der Lehrlinge. Wir haben alle Vorbereitungn getroffen, wie zu diskutieren ist, welche Fragen vorgebracht werden sollen und wie die Fragen zu stellen sind. Urlaubszuschlag, Führung durch den Betrieb, Milch an die Lehrlinge, mehr Zeit für die Gesellen, damit sie sich mehr um uns kümmern können, da wir sonst nichts lernen. Damit ist der Vertrauensrat zum Unternehmer geschickt worden. Er ist zurückgekommen mit der Mitteilung, das können wir nicht erfüllen. Der Unternehmer hat bei dem Vorsitzenden der Branche angerufen und sagte dann: Wenn wir das in unserem Betrieb durchführen, dann kommen alle Betriebe. Unsere Genossen erwiderten: Ist das Volksgemeinschaft? Unsere Gewerkschaften haben sie uns genommen, aber die haben noch ihre Unternehmerverbände. Die Lehrlinge haben diskutiert und den Vertrauensrat nochmals zum Unternehmer geschickt. Man hat den Urlaubszuschlag gewährt, weil es kein Ausweichen mehr gab. Über den Urlaubszuschlag haben sich alle gefreut. Die Führung durch den Betrieb und die Erfüllung der anderen Wünsche wurden versprochen durchzuführen. Unsere Genossen hat der Urlaubserfolg etwas deprimiert. Sie erklärten, dass dadurch der Vertrauensrat jetzt wieder ein ungeheures Vertrauen bekommen habe und das sei doch ein faschistischer Vertrauensrat. Aber wir haben schon damals erklärt, keine Angst, und die Bewegung weiter entwickelt. Unsere Jungens haben dann gesagt, wir müssen bald wieder eine Versammlung machen. Der Vertrauensrat erklärte, es gäbe keine Versammlung mehr, höchstens solche, wo ich die Zeitung der Nazis verlesen werde. Da haben die Jungens denn auch gewusst, was sie von diesem Vertrauensrat zu halten hatten. Wir sehen, dass nur durch den Kampf etwas erreicht wurde und unsere Jungens sind auf den Weg des Klassenkampfes gestossen.

Die Verschickung zur Landhilfe verhindert.

Unser Appell an die Nazi-Christen und antifaschistisch eingestellten Arbeitereltern.

Ich will schildern, wie unsere Jugendgruppe eine Aktion gegen die Verschickung von 200 Jungarbeitern zur Landhilfe organisierte. Unsere Jugendgruppe zählte drei Mann. Eine äusserst schwache Organisation bei einer Betriebsbelegschaft von 4.000 Arbeitern. Wir standen da mit unseren drei Mann und mussten uns überlegen, was man machen kann. Wir haben folgende Methode angewendet: Wir sammelten die Adressen von den jugendlichen Kumpels, von denen wir annahmen, dass auch sie verschickt werden. Unsere Genossen sind in der ganzen Kolonie herumgelaufen, haben die Namen und Hausnummern aufgeschrieben. Wir schrieben drei verschiedene Briefe. Einen an die Nationalsozialisten, einen an die Christen und einen an die antifaschistisch gestimmten Arbeiter. In dem Brief an die

christlichen Eltern schrieben wir: Euer Sohn, dem Ihr jahrelang eine gute Erziehung im christlichen Glauben habt angedeihen lassen, soll nun der Verwahrlosung preisgegeben werden . . wir unterschrieben den Brief: Ein Arbeitsdienstler, der im Arbeitsdienstlager war und schon 14 Monate auf Arbeit wartet.

Die Briefe haben wir durch die Post verschickt und sie sind auch angekommen. Die Polizei hat eine gosse Dummheit gemacht. Sie ist aufgrund einer Denunziation mit dem Briefträger in die Häuser gegangen, hat die Briefe herausgeholt und sie feierlich für beschlagnahmt erklärt. Das hat eine grosse Bewegung im ganzen Ort ausgelöst. Die Jungens wussten nicht, von wo die Briefe kamen und warum man sie ihnen wegnimmt. Der ganze Ort hat davon gesprochen und wir haben das durch unsere Agitation in der Grube unterstützt. Es ist eine Bewegung zustande gekommen. Die Jungens sind zum Vertrauensrat gegangen, haben ihn gefragt, ob es wahr ist, dass sie verschickt werden sollen? Unter dem Druck dieser Bewegung hat man auf die Verschickung zur Landhilfe verzichtet.

Ein glänzendes Beispiel antifaschistischer Massenarbeit in der Sportbewegung.

Wir haben in allen faschistischen Massenorganisationen Möglichkeiten zur Arbeit und ganz besonders in der Sportbewegung. Wir finden hier SPD-Leute, die früher im Arbeiter-Turn- und Sportbund waren. Sie traten dort ein, weil sie sonst keine Möglichkeit hatten, sich sportlich zu betätigen. Sie stehen treu zu unserer Klasse und es liegt nur an uns, gemeinsam mit diesen Antifaschisten in den grossen Massenorganisationen zu arbeiten.

Wie stand es bisher mit der Arbeit in der gleichgeschalteten Sportbewegung?

Die Funktionäre in unseren Ortsgruppen fragten uns, ist es richtig, dass die Roten Sportler jetzt in die bürgerlichen Sportverbände gehen? Wir sagten: Jawohl, obwohl auch wir im Zweifel waren. Wir versuchten diesen Genossen noch aufgrund einer Reihe von Tatsachen die Richtigkeit einer solchen Politik nachzuweisen, aber wir waren uns nicht klar, ob die Taktik des Hineingehens in die bürgerlichen gleichgeschalteten Vereine richtig war.

Wir treten in einen gleichgeschalteten Sportverein ein.

Wir entschlossen uns endlich nach längerer Diskussion in einen gleichgeschalteten Sportverein einzutreten und alle Roten Sportler, die bisher nicht organisiert waren, aufzufordern, dasselbe zu tun. Die Besten haben wir zusammengezogen in einen Verein. Wir hatten in diesem Verein unsere Genossen, frühere Mitglieder des Arbeiter-Turn- und Sportbundes und bürgerliche Sportler. Wir richteten an

alle Sportler die Aufforderung: Alle in diesen Verein! Nicht alle sind uns gefolgt. Nicht jeder hat sofort begriffen. Ich will erwähnen, die alten Parteigenossen wollten meist davon nichts wissen, sie waren nicht so aktiv in die illegale Arbeit eingespannt und begriffen nicht, dass wir unter den Massen der Sportler arbeiten müssen und welche Möglichkeiten der Tarnung unserer Arbeit wir dadurch erhielten. Sie haben sogar noch andere Genossen abgehalten, sich in diesem Verein zu organisieren. Natürlich waren auch wir nicht sicher, ob es richtig war in den faschistischen Verein zu gehen und zu arbeiten. Vielleicht war es falsch, und die, die nur Kommunisten geblieben sind, ohne irgend etwas zu machen, werden dann als die echten Kommunisten angesehen. Glücklicherweise zeigt uns jetzt die Parteikonferenz, dass dies nicht der Fall sein wird.

Genossen, wir waren nun in dem gleichgeschalteten Verein und das hatte weitere Konsequenzen. In die Sportmannschaft eingereiht sollten wir zum Gruss der gegnerischen Mannschaft die Hand hochheben. Das war für uns schwer. Davon wollten wir nichts wissen. Erst als wir es durchgesprochen hatten, sagten wir uns, wir heben die Hand und denken uns: so tief steckt Deutschland im Dreck. Erst dann kamen wir so weit, dass wir uns aktiv betätigten.

Einige Methoden der Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen.

In einem Ort haben wir einen Sportverein, der von uns völlig beherrscht wird, der sich aufgrund seiner sportlichen Leistungen im Kreis und Bezirk ein gewisses Ansehen verschafft hat. Es ist klar, dass die Bürgerlichen auf einen Verein, der viele Siege errungen hat, sehen. In zwei weiteren Vereinen des gleichen Ortes sind Sozialdemokraten und einige Rote Sportler. Die Sozialdemokraten treten in diesen Vereinen nicht in den Vordergrund, sie haben keine Funktionen, sie betätigen sich wenig. Die Sozialdemokraten sind zu uns gekommen, sie wollten in unseren Verein eintreten. In unseren Verein konnten wir sie nicht übernehmen, da wir genug Leute hatten. Aber ein anderer Verein musste ausgebaut werden. Wir sind an unsere Roten Sportler in diesem Verein herangetreten und haben ihnen gesagt: Ihr müsst Euch mit den Sozialdemokraten verständigen, sämtliche Funktionäre zusammenziehen und den Kreis erweitern durch bürgerliche Sportler, die unserer Partei näherstehen als den Faschisten. In 4—5 Wochen stand in diesem Verein ein früherer sozialdemokratischer Funktionär im Vordergrund, ein aktiver Sportler, der auch vom Vereinsleben etwas verstand. Bei der Generalversammlung waren es die bürgerlichen Sportler, die ihn zum Vereinsführer vorgeschlagen haben. Der Sozialdemokrat war durchaus nicht abgeneigt, stimmte zu und ist auch in die örtliche Spielleitung gekommen. Jetzt hat der Sozialdemokrat die aktivsten Sportler in seinen Händen, er kann jetzt die Sportler beeinflussen. Nachdem er die Funktion bekommten hat, kam er zu uns und sagte: Jetzt muss in

erster Linie ein enges Verhältniss zwischen beiden Vereinen zustandekommen, jetzt muss das gegenseitige Vertrauen wieder wachsen. Später haben wir festgestellt, dass dieser Mann nicht nur in der Ortsleitung, sondern auch in der Bezirksleitung der SPD war. Er hat uns die Verbindung zur sozialdemokratischen Bezirksleitung hergestellt. So sehen wir, Genossen, wie man Einheitsfront von unten schaffen kann. Hier haben wir Beispiele, dass wir überall Möglichkeiten haben.

Eine andere Methode.

Wir haben es in der Sportbewegung mit drei verschiedenen Vereinen zu tun. Vereine, in denen nur bürgerliche Sportler sind; Vereine, in denen Sozialdemokraten, wir und Parteilose, sowie Bürgerliche vertreten sind; und schliesslich solche, die von den Sozialdemokraten oder von uns vollständig beherrscht werden. Zur Verwirklichung der uns gestellten Aufgaben, helfen uns am besten Vereine, wo wir gemeinsam mit den Sozialdemokraten und den Parteilosen sowie Bürgerlichen vertreten sind. Wir haben in diesen Vereinen die Erfahrung gemacht, dass es meist parteilose Sportler sind, die die Vereinsinteressen in den Vordergrund stellen und dadurch in Konflikt mit dem Hitler-Faschismus kommen. In diesen Vereinen müssen wir vorsichtig aber ständig versuchen, über die Massnahmen des Reichsbundes für Leibesübungen zu diskutieren. Wir müssen in den Konferenzen, im Kreis und Bezirk auftreten und die schädlichen Auswirkungen der Massnahmen des Reichsbundes für Leibesübungen für die Vereine aufzeigen. Wenn unsere Genossen im Verein in der Diskussion noch sprechen können, so ist unser Auftreten in Kreis- oder Bezirksversammlungen schon schwieriger, weil man von einem Teil unserer Genossen die Vergangenheit kennt und ihnen das Wort verwehrt. Die bürgerlichen „Vereinsfanatiker" müssen dort sprechen. Diese Leute treten bei solchen Tagungen schon jahrelang auf, sie haben schon manchen guten Rat gegeben und alle Funktionäre kennen sie und nehmen sie auch in Schutz, wenn der faschistische Kommissar es wagt, so einen Funktionär anzugreifen.

Vereinen, die wir beherrschen, die erstklassigen Sport treiben, erwächst die Aufgabe, die Sympathie der anderen Vereine zu erobern. Unsere Funktionäre müssen bei Veranstaltungen helfen zu organisieren und unter Beweis stellen, dass sie tatsächlich etwas können. Dann sehen auch die bürgerlichen Sportler, dass wir nicht nur einen grossen Mund haben, sondern auch verstehen etwas zu organisieren.

Wie diskutieren wir mit den bürgerlichen Sportlern?

Ich erinnere mich daran, wie wir nach einem Kampf mit einem der besten bürgerlichen Vereine im Vereinslokal zusammensassen. Die bürgerlichen Sportler fragten uns: „Wie gefällt es Euch bei uns?" Im ersten Moment trauten wir uns nicht recht heraus. Sie haben uns das angemerkt und sagten: „Ihr könnt ruhig auspacken, es geschieht nichts, Ihr sollt uns Eure Meinung sagen." Wir begannen: „Im Arbeitersport haben wir viel grössere Möglichkeiten gehabt, uns sportlich zu betätigen. Hier sind wir beengt." Das hat seine Wirkung nicht verfehlt, denn sie wussten, dass wir früher mit unserer Sportmannschaft im ganzen Reich herumkamen.

Dann sprachen wir darüber, dass wir im Arbeitersport viel bezahlten, aber heute noch mehr gezahlt werden muss. Wir haben ihnen die Beiträge vorgerechnet, die Sportgroschen und die verschiedenen Gebühren; die Frage aufgeworfen, wie ist es mit den Leistungen? Nichts bekommen wir. Wir schilderten einen Fall, wo einige Mann während des Sportbetriebes verunglückt sind. Nur einer hat, und auch der nur unfreiwillig, eine Unfallunterstützung bekommen, die übrigen nichts. Eine feste Organisation der Unfallversicherung besteht ja garnicht.

Die bürgerlichen Sportler akzeptieren unsere Kampfvorschläge.

Sie wollten natürlich wissen, was man tun soll, damit es anders wird. Wir sagten, Ihr müsst dafür sorgen, dass Eure Interessen in der Bezirksleitung vertreten werden. Und das geschieht nur, wenn Ihr selbst in die Leitung hineinkommt. Wir haben nicht gesagt, Euer Kommissar muss weg, aber sie haben verstanden. Als wir gesagt haben: „Wenn Ihr in der Leitung seid, dann wird es anders", haben sie sofort reagiert und geantwortet: „Der Kommissar ist nichts, das ist kein Sportler, der weiss sich nicht zu helfen, der muss weg." Dieser Verein war einer der besten am Ort und hat im ganzen Bezirk die schwächeren Vereine stark beeinflusst. Die schwächeren haben immer auf ihn gesehen. Und weil dieser Verein jetzt gesagt hat, der Kommissar muss weg, da haben die anderen auch gesagt, des Kommissar muss weg. Weil wir in den Vereinen überall unsere Sportler hatten, weil wir drin waren, war die Stimmung noch grösser und nach einem halben Jahr ist der Kommissar auch weggekommen.

Der Kampf um die Neubesetzung.

Jetzt geht es um die Neubesetzung dieser Funktion, wiederum kommissarisch. Ein Nazi lehnte sofort ab, der hat gewusst, was gespielt wird. Er ging freiwillig einer Auseinandersetzung aus dem Wege. Er schrieb an den Gauführer, dass man eine Versammlung einberufen und dort der Bezirksleiter gewählt werden soll. Da der Gauführer nichts ahnte, berief er wirklich eine Versammlung ein. Die Versammlung war von uns gut vorbereitet. Wir haben vorher gewusst, wer diese Funktion bekleiden wird, wenn die Versammlung entscheidet, da der Vorgeschlagene grosses Vertrauen besass. Wir selbst sind in dieser Versammlung garnicht aufgetreten, sondern einige Vereinsfanatiker haben diesen Antifaschisten vorgeschlagen und die anderen haben ihn unterstützt. Es wurde abgestimmt. Einstimmig ist der Vorgeschlagene gewählt worden.

Wie wir eine Bezirksversammlung vorbereiteten.

In einer Bezirksversammlung nehmen wir zum Gaugeschäftsbericht Stellung. Der Geschäftsbericht wurde 4 Wochen vorher der Mitgliedschaft vorgelegt. Für uns war klar, eine Frage muss in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt werden. Der Betrag für die Verstorbenen war viel höher als die für die Jugendarbeit zur Verfügung stehenden Mittel. Sofort haben wir alle Vereine beeinflusst. Wir argumentierten so: Der Gauführer unterstützt die Einreihung der Sportjugend in die Hitler-Jugend, d. h. dass unsere Jugend kaputt geht. Das löste eine grosse Diskussion aus. Auf der Versammlung war eine interessante Debatte. Die bürgerlichen Vereine haben sich gewehrt, um ihre Jugend zu behalten. Sie haben dem Gauführer den Kopf gewaschen, wie es wohl selten vorgekommen ist.

Wir schnitten noch einen anderen Punkt an: Der Geschäftsbericht von dem Verband war schon vor einem halben Jahre fällig-gewesen. Aus der Verbandszeitung erfuhren wir, dass in der Verbandsführung eine Änderung vorgenommen wurde. Die Gründe waren uns unbekannt. Wir sagten den Sportlern, Ihr müsst fragen was los ist, wir müssen wissen, was mit unserem Geld geschieht. Lange haben sie diskutiert. Der Gauführer wollte nicht raus mit der Sprache. Er ging schon zu einem anderen Tagesordnungspunkt über, aber noch immer verlangten die Arbeiter zu wissen, warum die Veröffentlichung des Geschäftsberichts sich solange verzögert. Als er einsah, dass er es nicht fertig bringt, die Frage zu ungehen, erklärte er: „Der Verbandsführer hat 10.000 Mark unterschlagen. Die Untersuchung läuft noch und deshalb zögerte sich die Veröffentlichung des Verbandsberichtes hinaus.“ Das hat wie eine Bombe eingeschlagen, denn jeder wusste, die Unterschlagung war viel höher, denn 10.000 Mark spielen keine Rolle beim Verband. Die haben ja ganz andere Gelder. Da ist diskutiert und durcheinander geschrieen worden, die meisten verlangten, dass kein Geld mehr nach Berlin geschickt wird. In dieser Bezirksversammlung war es uns möglich, alle Sportler in Frontstellung gegen den Faschismus zu bringen.

Kampfmobilisierung und Organisierung.

Die Feststellung der IV. Parteikonferenz, dass es dem Faschismus nicht gelungen ist, in die Hauptmasse der Arbeiterschaft einzudringen, ist eine unwiderlegbare Tatsache. Darüber hinaus stellte die Konferenz fest, dass auch eine gewisse Aktivisierung der Arbeiterklasse sich zeigt. Beweis dafür sind auch die in den Diskussionsreden aus den Betrieben gebrachten Beispiele.

Die Unzufriedenheit wächst immer mehr, aber sie allein ist noch kein Mittel des Kampfes gegen den Faschismus. Um den Faschismus erfolgreich bekämpfen zu können, bedarf es eines ständig wachsenden, energischen und zähen Widerstandes der Massen, vor allem der Betriebsarbeiterschaft. Ein solcher Widerstand muss organisiert werden, er entsteht nicht spontan. Das besagt keineswegs, dass nicht hier und da die Arbeiter sich von sich aus zur Wehr setzen. Organisierung des Kampfes heisst in erster Linie die gemeinsame Front zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zu organisieren. Nur die Aktionseinheit garantiert den Sieg des Kampfes. Organisierung des Kampfes heisst auch, alle gegebenen Möglichkeiten auszunutzen zur Mobilisierung der Arbeiter für den Kampf um ihre Interessen. Einige Beispiele aus den Diskussionsreden der IV. Parteikonferenz zeigen, wie die Partei ihrer Führerrolle in der Mobilisierung und Organisierung des Kampfes der Arbeiter gegen den Faschismus gerecht geworden ist. Die Beispiele zeigen aber auch neben den Erfolgen gleichzeitig unsere Schwächen und Mängel und wie wir es besser machen müssen.

Von Kampf um Lohn und Brot.

Arbeiter solidarisieren sich mit den Angestellten - sie lehnen das Ansinnen des Unternehmers, auf Kosten der Angestellten eine teilweise Lohnaufbesserung zu erhalten - ab.

In einem Betrieb gehören zwei ehemalige SA-Leute der illegalen freigewerkschaftlichen Betriebsgruppe an. Auf Initiative der Betriebszelle der Partei begannen die Mitglieder dieser Betriebsgruppe innerhalb der Belegschaft dieselbe für den Kampf um eine Lohnerhöhung zu mobilisieren. Innerhalb kurzer Zeit gelang es, eine derartige Kampfentschlossenheit der Arbeiter zu schaffen, dass die Direktion es für vorteilhaft hielt, der Belegschaft einen Vorschlag zur Verbesserung der Löhne der am schlechtesten bezahlten Arbeiter zu unterbreiten. Wie sah dieser Vorschlag aus? Die Direktion sagte, dass die Geschäftslage im Moment es unmöglich mache, eine *allgemeine* Erhöhung des Lohnes durchzuführen, aber sie erkenne die Notwendigkeit einer gewissen Lohnverbesserung an und schlage eine

5%ige Verkürzung der Angestelltengehälter vor. Aus diesem Fond
sollte dann eine Lohnaufbesserung der am schlechtesten bezahlten
Arbeiter vorgenommen werden. Gegen diesen Vorschlag lehnten sich
die Arbeiter auf und nahmen in einer Versammlung dazu Stel-
lung. Der Vorschlag wurde abgelehnt. Diese Haltung der Arbeiter
machte auf die Angestellten einen mächtigen Eindruck. Es ist den
Arbeitern gelungen, in eine Diskussion mit den Angestellten zu kom-
men und zu ihnen Verbindungen herzustellen. (Der Kampf der Ar-
beiter ging weiter und war bis zur Abreise der Delegierten zur Partei-
konferenz noch nicht beendet.)

Einigkeit macht stark - Notstandsarbeiter erzwingen Lohnerhöhung.

Eine Gemeinde, wo sehr viel Erwerbslose waren, ging dazu über,
Notstandsarbeiten einzurichten, um die Erwerbslosen unterzubrin-
gen. Das wurde nicht allein in dieser Ortschaft gemacht, sondern
man begann, Notstandsarbeiter aus einem ganzen Kreis heranzu-
ziehen, um so die Erwerbslosigkeit in diesem Kreise zu beseitigen.
Als „Notstandsarbeiten" wurden durchgeführt, eine Flussregulierung
und der Bau eines Deiches. Bei diesen Arbeiten kam es vor, dass die
Arbeiter bis an die Knie und noch weiter im Wasser stehen mussten.
Die Löhne, die bezahlt wurden, waren sehr minimal und standen
in keinem Verhältnis zur Schwere der Arbeit und der Gefährdung
der Gesundheit der Arbeiter. Der Stundenlohn betrug ohne Abzüge
54 Pfg. Nach 14 Tagen gärte es unter den Arbeitern. Wir mussten
dazu Stellung nehmen. Was taten wir? Wir haben einzelnen Arbei-
tern, bezw. Genossen, die dort arbeiteten, erklärt: Ihr werdet ver-
suchen, die gesamte Belegschaft dazu zu bringen, einmütig zu erklä-
ren, sie gehe nicht mehr bis an die Knie ins Wasser, es sei denn, mann
zahle ihnen 74 Pfg. Stundenlohn. Das ist die Lohn der Wasserarbeiter
in den Landgebieten. Wenn man dies ablehnt, erklärten wir, dann
weigert Ihr Euch, diese Arbeiten zu verrichten. Unsere Genossen haben
die Arbeit nicht aufnahm. Der Betriebsleiter sah sich gezwungen, da
er nichts mit der Belegschaft machen konnte, die Leute anderweitig
zu beschäftigen. Nach der Mittagspause war der Arbeitsfrontleiter
dort und nahm Rücksprache mit den Arbeitern. Sie sagten ihm, sie
könnten bei einer durch den niedrigen Lohn bedingten schlechten
Ernährung nicht bis an die Knie im Wasser stehen und forderten
nochmals die Bewilligung von 74 Pfg. Stundenlohn. Der Arbeitsfront-
leiter sagte in Gegenwart von 200 Arbeitern: „Ich kann Euch nicht
sagen, dass Ihr hineingehen sollt. Ich kann Euch aber auch nicht
sagen, Ihr sollt draussenbleiben." Nach dieser Unterredung glaubten
drei SA-Leute die Arbeit aufnehmen zu müssen und gingen in den
Schacht. Spontan sprang ein Arbeiter vor und erklärte: „Wenn Ihr
nicht sofort aus dem Wasser geht, kommt Ihr heute abend nicht
heil nach Hause." Die SA-Leute mussten herausgehen. Eine Einigung
war an diesem Tage nicht möglich. Am nächsten Morgen war Po-

lizei dort mit dem Arbeitsfrontleiter. Die Arbeiter erklärten wieder: „Wir gehen nicht eher hinein, bis wir unsern Lohn von 74 Pfg. haben." Die Firma sah sich gezwungen, durch den Druck der Arbeiter und ihr einmütiges Auftreten, den geforderten Lohn zu bezahlen.

Delegation erreicht Zahlung des versprochenen Akkordzuschlages.

Wir hatten in einem Betrieb eine gute Betriebszelle mit 4 Mitgliedern. Die berichtete der Leitung folgendes: Bei uns ist eine solche Stimmung. Man hat den Arbeitern eine Akkordzulage versprochen, wenn sie dementsprechend mehr leisten. Als der Zahltag kam, war diese versprochene Mehrzahlung nicht vorhanden, aber die Leistung war gemacht worden. Die Arbeiter rebellierten sofort. Der faschistische Vertrauensrat, der vom Unternehmer bestimmt und nicht von den Arbeitern gewählt worden ist, musste von sich aus eine Belegschaftsversammlung einberufen. Unter dem Druck der Arbeiter wurde dort eine Delegation zur Direktion beschlossen. Die Stellungnahme unserer Genossen im Betrieb war folgende: „Man hat beschlossen, eine Delegation zur Direktion zu schicken und jetzt wollen die Idioten sogar eine Delegation zum Reichsstatthalter schicken, als ob der ihnen helfen könnte." Die Leitung unserer Zelle war auf dem Damm und sagte unseren Genossen: „So steht die Sache doch nicht. Was kann es uns schaden, wenn eine Delegation zum Reichsstatthalter geht und sich über die Zustände im Betriebe beschwert. Was wird der Reichsstatthalter denn schon sagen? Er wird dem Unternehmer nicht auf den Fuss treten. Das müssen wir den Arbeitern zeigen. Wenn Du es ihnen sagst, glauben es die Arbeiter nicht. Wenn Du es ihnen zeigst, dann glauben sie es." Die Genossen begriffen das. Wir hatten dort im Betrieb auch einen Jugendgenossen, der schon 2 Jahre aus der Partei ausgeschlossen war. Ein Element, mit dem nach der Meinung der Genossen nichts mehr anzufangen war. Diesem Jugendgenossen schlug der Leiter unserer Zelle vor: „Du wirst in der nächsten Belegschaftsversammlung — die er gar nicht besuchen wollte — auftreten und vorschlagen, nach Ablehnung der Belegschaftsforderung durch die Direktion eine Abordnung zum Reichsstatthalter zu schicken. Für diese Abordnung kannst Du vorschlagen den Obmann, einen Nazi und einen Genossen von uns." Der Genosse machte das. Die Belegschaftsversammlung fand statt. Die Delegation wurde beschlossen. Was war die Folge? Als der Unternehmer die Entschlossenheit der Belegschaft sah, gab er nach. Der erhöhte Akkordsatz wurde ausgezahlt.

Naziarbeiter als Streikführer - Polizeiterror verhindert Erfolg.

Wir hatten in unserem Betrieb einen entscheidenden Streik, wo Polizei eingesetzt wurde. Zwei SA-Männer und ein SS-Mann standen an der Spitze des Streiks. Diese Nazis führten mit unseren Genossen

gemeinsame Beratungen durch, was man machen kann und machen müsse und kamen dabei sehr schnell von ihrer Auffassung ab, dass wir alten Marxisten die Fresse zu halten hätten. Sie sahen nämlich, dass ihre Methoden nicht gut waren, dass sie keine Erfahrung hatten, welche Schritte und Kniffe man gegenüber dem Unternehmer anwenden muss. Als die Aktion im Gange war, kam der Betriebsführer in den Betrieb und fragte: „Wollt Ihr nicht arbeiten?" — „Nein," sagten die Nazis. „Wir arbeiten nicht eher, als bis unser Lohn von 74 Pfg. auf 1.10 Mk. erhöht worden ist." Eine solche Forderung stellten sie aus sich heraus, ohne dass sie von uns beeinflusst waren. Der Betriebsführer sagte: „Das ist doch ein unmögliches Ding, eine solche Lohnerhöhung durchzuführen. Wie stellen Sie sich das eigentlich vor?" — Da sagten die Nazis: „Sehr einfach, wir wollen mal Ihr hohes Gehalt abbauen und es uns zulegen. Wenn wir auf dem ganzen Werk die Gehälter abbauen und uns zulegen — wir lassen Euch immer noch genug, viel mehr als uns — dann wird es auch zu der Lohnerhöhung für uns reichen." Da ging der Betriebsführer hin und rechnete aus, was auf den Kopf des Arbeiters kam. Da kam bei der 6.000köpfigen Belegschaft nicht viel heraus. Unsere Genossen sagten zu den Nazis: „Das war falsch. So darf man diese Frage nicht stellen. Hättet Ihr die 6 Millionen Mk., die der Betrieb als Dividende an seine Aktionäre verteilte, in den Vordergrund gestellt, dann wäre schon eher etwas herausgekommen."

Der Treuhänder der Arbeit versuchte auf die Nazis einzuwirken, man bedrohte sie, aber sie begannen jetzt ihre Forderung ultimativ zu stellen: „Bis morgen früh müssen wir Bescheid haben, ob unsere Forderung bewilligt ist oder nicht". Als der Bescheid kam, dass sie nicht bewilligt war, trat die Frühschicht in den Streik. Die Mittagsschicht solidarisierte sich ebenfalls mit ihnen. Daraufhin griffen die Nazibehörden mit einem Polizeikommando ein. SS-Leute und 2 SA-Leute wurden verhaftet, abgeführt und die Aktion war damit zusammengebrochen.

Man kann sich die Depression vorstellen, die nachher in der Belegschaft vorhanden war. Wir selbst hatten es noch nicht fertiggebracht, aktiv in die Führung der Aktion einzugreifen. Die Beseitigung des Sektierertums in unserer Partei und die Arbeit in der Deutschen Arbeitsfront — das gibt uns die Möglichkeit, Aktionen nicht nur zu beeinflussen, sondern sogar zu führen.

Arbeiterinnen greifen unsere Forderungen auf und fordern mehr Lohn.

Wie hat die Zelle in einem Betrieb, der eine Belegschaftsstärke von 700 Mann zählt (meistenteils Frauen), dort den Kampf gegen den Lohnabbau vorbereitet? Sie hat Stellung genommen zu der Lage im Betrieb und unsere Genossen begannen, mit den Arbeiterinnen die Fragen der Rationalisierung, die Fragen der Preissteigerungen zu diskutieren, und diese Fragen auch in der Zellenzeitung zu stellen.

Als die Direktion in dieser Zeit dazu überging, den Arbeiterinnen statt 60 und 59 Pfg. Stundenlohn nur 58 Pfg. auszuzahlen bei demselben Arbeitstempo, forderten die Arbeiterinnen eine Versammlung. In dieser Versammlung stellten sie die Forderung eines annehmbaren Lohnes. Da die Preise gestiegen sind und sie nicht mehr mit dem Geld auskommen konnten, forderten sie 61 Pfg. die Stunde. Das nannten sie einen „annehmbaren" Lohn. Sowohl bei der Lohnforderung, wie bei den Forderungen für hygienische Einrichtungen nahmen die Arbeiterinnen unsere Argumente, die wir in den Besprechungen und in der Zellenzeitung in die Arbeiterschaft gebracht hatten.

Das war ein kleiner Erfolg, aber zweifellos der Beginn eines wachsenden Einflusses unserer Zelle auch für spätere Auseinandersetzungen.

Geschickte Diskussion führt zur Aufstellung antifaschistischer Vertrauensratskandidaten.

Bei den Vertrauensrätewahlen stellten wir in den Vordergrund: Nur derjenige wird Vertrauensrat, der bereit ist, für den Lohnausgleich entsprechend der Preissteigerung zu kämpfen, der bereit ist, für die Forderungen der Arbeiter, Kontrolle der Sicherheitsmassnahmen in den Gruben usw., einzutreten. Die Genossen hatten in einem Betrieb schon propagiert: „Streichung der Listen". Wir diskutierten mit ihnen und sagten: „Das ist falsch". In diesem Betrieb hatten wir einen Jugendgenossen, der kam freudestrahlend und sagte: „Bei uns sind wir so weit, dass alle die Liste streichen wollen." — „Warum?" — „Auf der Liste steht an der Spitze der Betriebsführer und dann kommt ein Meister, der auf einer Schule der Faschisten war und ein ganz blöder Nationalsozialist ist." — Wir forschten weiter und da stellte sich folgendes heraus: Der Meister machte dauernd unter den Arbeitern Propaganda für die Faschisten. Er benutzte die Kaffeepause, setzte sich zu ihnen und diskutierte über alle möglichen Fragen. Insbesondere hatte er es auf unseren Jugendgenossen abgesehen, den er für die Nationalsozialisten gewinnen wollte. Da haben wir dann diesem Genossen die Methoden genannt, wie er sich verhalten soll und auch die Fragen, welche er stellen soll. Er stellte dann auch z. B. die Frage: „Wie kommt es, dass wir eigentlich gar nicht gefragt werden, wer die Liste aufstellt. Das soll doch unser Vertrauensrat sein. Früher war das anders." — „Ja," sagt der Meister, „Ihr könnt ja Eure Meinung sagen, wenn die Liste zur Abstimmung gestellt wird." Darauf antwortete ihm der Genosse: „Ich kann doch nur meine Stimme abgeben, wenn ich vorher das Recht habe, zu bestimmen, wer auf die Liste kommt". — Das wurde die Meinung aller Arbeiter, die um den Meister sassen. Die Arbeiter sagten dem Meister: „Glaubt Ihr, dass wir diese Liste wählen werden, wo Ihr beide an der Spitze steht? Nein. Wir wählen die Liste, wo unsere Kameraden drauf sind, die für den Lohnausgleich sind." Daraufhin hat der Meister die Liste selbst von der Anschlagstafel

entfernt und sie kam auch nicht mehr zum Vorschein. Obwohl unsere Genossen zuerst der Auffassung waren, 90% der Belegschaft sei für die Streichung der Liste, haben sie auf Grund einer solchen geschickten Agitation die Liste so beeinflusst, dass wirklich Bergarbeiter, die unter Tage beschäftigt waren, mit auf die Liste gesetzt werden mussten.

Belegschaft und Nazivertrauensräte kämpfen um die Anerkennung eines antifaschistischen Vertrauensrates.

In einem Betrieb von 250 Arbeitern hatten wir 2 Sozialdemokraten, mehrere Genossen und ein paar Sympathisierende in einer Gruppe zusammengefasst. Bei den Vertrauensratswahlen stellte der Unternehmer neben den Faschisten auch einen unserer Genossen mit auf die Liste zu den Vertrauensratswahlen. Wir glaubten zuerst, dass diese Aufstellung eines Genossen als Kandidat auf die Liste eine Provokation des Unternehmers sei, weil dieser Genosse eine grosse Sympathie im Betrieb besass und der Unternehmer diesen Genossen bei der Arbeiterschaft diskreditieren wollte. Das war aber nicht der Fall. Gerade die Nazis und auch andere Belegschaftsmitglieder waren es, die verlangten, dass dieser Genosse auch auf die Liste komme. Warum verlangten sie das? Weil sie wussten, dieser Genosse konnte gegenüber dem Unternehmer auftreten, weil er selbst jahrelang Betriebsrat war. Sie wollten von ihm die notwendige Stütze bei der Durchsetzung ihrer Forderungen bekommen. Der Genosse hat auch angenommen. Er erhielt viel mehr Stimmen, als die Nazikandidaten. Als die erste Sitzung der Vertrauensräte stattfand, lud der Unternehmer unseren Genossen nicht ein. Als eine zweite Sitzung stattfinden sollte, verlangte unser Genosse, dass die Nazis dafür eintreten, dass er zugezogen werde. Sie taten das, zumal auch ein entsprechender Druck der Belegschaft vorhanden war. Der Unternehmer weigerte sich. Die Vertrauensräte riefen den Treuhänder an und dieser erklärte: Wenn der Mann gewählt ist, muss er zugezogen werden. Es fanden wieder Verhandlunggen mit dem Unternehmer statt. Der Unternehmer wandte sich jetzt gegen die Nazis und wir sahen, dass diese in immer grösseren Widerspruch mit dem Unternehmer kamen. Auf Grund der durch diese Auseinandersetzung im Betrieb geschaffenen Stimmung, können wir es jetzt wagen, einen ernsthaften Widerstand gegen den Unternehmer zu organisieren.

Zu unseren Losungen und Forderungen.

Nur der Lage entsprechende Losungen mobilisieren die Massen.

Unsere Genossen glaubten, dass sie in einem Betrieb Möglichkeiten hätten, gemeinsam mit den Nationalsozialisten Aktionen auszulösen. Es kam auch zu einer Aktion, wo unsere Genossen dachten, sie könnten schon aktiv eingreifen. Die Nazis aber sagten ihnen: „Ihr habt 15 Jahre lang Zeit gehabt, um zu beweisen, was Ihr könnt. Jetzt machen wir das". Unsere Genossen waren enttäuscht, aber wir klärten sie auf und sagten ihnen, sie sollten sich zunächst aus einer solchen Stellungnahme nichts machen ... Wenn die Nazis allein es machen wollen, ist es gut. Wir müssen alles tun, um ihnen zu helfen. Wir müssen von Mund zu Mund für die Unterstützung der Aktion der Nazis agitieren und wenn wir uns ein Vertrauen bei den nationalsozialistischen Arbeitern geschaffen haben, dann werden sie auch ihren Standpunkt revidieren.

Eine falsche und eine richtige Losung.

Wir hatten eine Zeitung herausgegeben, in der ein Genosse, ein langjähriger Gewerkschaftler einen Artikel schrieb zur Lage im Bergbau, über den Gedingestand und die Löhne der Bergarbeiter. Ich sagte mir, der Genosse hat grössere Erfahrungen als ich, er ist länger in der Partei als ich, er wird das schon richtig machen, und kontrollierte den Artikel nicht. Als die Zeitung herauskam stand darin: Wir fordern 20 Pfg. Lohnerhöhung. Konnten die Arbeiter diese Forderung aufgreifen, wo der Wille zur energischen Durchführung solcher Aktionen bei ihnen noch nicht vorhanden war? Und in der Praxis zeigte sich, dass die Arbeiter von dieser Losung ganz unberührt blieben. Es war falsch, eine solche Losung zu stellen. In weiteren Materialien und Flugblättern stellten wir dann die Losung: Angleichung der Löhne entsprechend der Preissteigerung. Diese Losung ergriff die Masse und machte es möglich, dass wir zu einer Reihe guter Aktionen kamen. Wir hatten für diese Losung eine Bewegung im Bergbau, wo die Arbeiter einer ganzen Schicht streikten. Sie streikten auch einen Tag in zwei verschiedenen Eisenwerken. Auch hatten wir einige Streiks in einem grösseren Industrieort, wo es gelang, eine 6,2%ige Lohnerhöhung durchzusetzen.

Wie man den Gegner mit seinen eigenen Waffen schlägt.

Eine gute und eine schlechte Methode der Ausnutzung der faschistischen Demagogie.

In einem Betrieb bestand ein Komitee zur Weiterführung der Freien Gewerkschaften, worin verankert waren 2 Genossen von uns, ein Sozialdemokrat, ein KPO-Mann. Auf Initiative dieses Komitees erschienen im Betrieb Flugblätter, in denen zu der ständig vor sich gehenden Preissteigerung Stellung genommen und die Forderung des Lohnausgleiches gestellt wurde. Diese Aktion schlug so bei der Arbeiterschaft ein, dass der Reichstatthalter gezwungen

war, auf einer Kundgebung der Metallarbeiter zu unserem Flugblatt zu sprechen. Er sagte: „Arbeiter, wir werden nicht dulden, dass die Preise steigen. Die dürfen nicht eher steigen, ehe nicht eine dementsprechende Lohnerhöhung vorgenommen wird.“ Er hatte riesigen Beifall. Wir führten die Aktion weiter und stützten uns jetzt auf die Erklärung des Reichsstatthalters. Wir stellten an den Kopf aller unserer Flugblätter diese Erklärung: Was sprach der Reichstatthalter: „Ich werde nicht dulden . . . usw.“ Der Kommentar war dann weiter jedesmal eine Aufforderung an die Arbeiter, wenn ein Betriebsführer eine andere Meinung hatte wie der Reichstatthalter, gegen diesen Betriebsführer in einheitlicher Aktion im Betrieb vorzugehen. Diese Methode hat bei den Arbeitern sehr gut gewirkt. Ein andermal schrieben wir auf unsere Flugblätter: „So spricht der Treuhänder der Arbeitsfront.“ Dieser hatte nämlich erklärt: „Wir sind mit der 6,2 %igen Lohnerhöhung den Arbeitern in breitem Masse entgegengekommen. Wir haben eine Lohnerhöhung durchgeführt, womit alle Bevölkerungsschichten zufriedengestellt sein können“. Auf unseren Flugblättern fragten wir dann: „Arbeiter, seid Ihr wirklich zufrieden?“ und als Kommentar zeigten wir, welche Forderungen der Arbeiter nicht erfüllt wurden. Das war eine schlechte Methode, die in der Praxis auf die Arbeiter fast keine Wirkung ausübte. Falsch war es, nur die negative Frage aufzuwerfen: „Seid Ihr zufrieden?“ Das wirkt nicht mobilisierend. Man hätte zeigen müssen, welche positiven Voraussetzungen in der Arbeiterschaft selbst vorhanden waren, um diese Lohnerhöhung zu erreichen und was zu tun sei, um diese positiven Voraussetzungen zu steigern und auch die übrigen Forderungen durchzusetzen.

Geschickte Ausnutzung der faschistischen Presse führt zur Entlarvung der arbeiterfeindlichen Politik der Nazis.

Ich will noch ein Beispiel anführen. Wir beauftragten zwei alte Genossen mit der Sammlung von bestimmten Materialien aus der faschistischen Presse, die man ausnutzen und an die man anknüpfen kann in der praktischen Arbeit. Sie lasen alle erreichbaren faschistischen Zeitungen, SA-Zeitungen, Arbeitsfrontzeitungen usw. Sie hörten natürlich auch das Radio ab, die einzelnen Auslandssendungen und schrieben sich das Wichtigste auf, um das der Unterbezirksleitung als Information zu geben für den Pressedienst usw. Ja, Genossen, diese zwei Genossen, die diese Arbeit allein durchführten, haben allerhang herausgeholt, worauf vielleicht die Unterbezirksleitung nie genommen wäre. Bei der Sichtung von Material entnahmen sie z. B. aus der „NS-Frauenwarte“ einen bestimmten Artikel, der von einer Frau Niemand geschrieben wurde, und der das Leben einer erwerbslosen Familie behandelte.

Sie stellte dort ein Programm auf, wie man von der Erwerbslosenunterstützung sogar bei einer dreiköpfigen Familie noch wöchentlich 1 Mark sparen könne. Also eine ganz niederträchtige Geschichte. Die Parteiorganisation bekam diesen Artikel und jetzt begann man systematisch bei den Frauen diese nationalsozialistische „Frauenwarte“ zu sammeln. Dadurch kam man erst einmal mit den nationalsozialistischen Frauen in Berührung. Man diskutierte mit ihnen. Zu gleicher Zeit wurde dieser Artikel in den Betrieb gebracht. Er kam sogar an einige Vertrauensräte, die diesen Artkel an der schwarzen Tafel anschlugen. Eine allgemeine Empörung herrschte im Betrieb. Man legte auch diese nationalsozialistische Frauenwarte in die sogenannte Volksküche, in die sogenannte Wärmestube usw. Überall bei den Proleten ein grosser Protest. Dazu natürlich die Diskussion, die unsere Genossen weiterführten mit den nationalsozialistischen Frauen. Die nationalsozialistische „Frauenwarte“ musste in der nächsten Nummer dazu Stellung nehmen und sagen, dass „ungeheuer viel Protestbriefe eingelaufen sind aber dass man, wenn die Dinge auch nicht so der Wahrheit entsprechen, den Glauben sehen muss, den die nationalsozialistische Frau, die diesen Artikel geschrieben hat, an ihren Führer, Adolf Hitler, besitzt“. Damit war die Geschichte aber nicht abgeschlossen. Durch diese Diskussionen wurden besonders die nationalsozialistischen Frauen kritisch eingestellt und kritisierten nun dauernd die nationalsozialistische „Frauenwarte“. Meckerei ist, wenn es nicht bei Meckerei allein bleibt, keine schlechte Sache und sicher haben wir durch diese Arbeit mancher Nazifrau die Augen etwas geöffnet.

In einem anderen Fall erreichten die Genossen durch das Ausnutzen eines Artikels eine Mobilisierung der Jungarbeiter gegen die Zwangsverschickung zum Arbeitsdienst. Dasselbe war mit einem Artikel, den die „Börsenzeitung“ brachte zum „Arbeitsdank“, der Organisation für Arbeitsdienstler, wenn sie aus dem Arbeitsdienst zurückkommen. So wie die Nazis diese Geschichte aufgezogen hatten, konnten wir das nicht besser machen. Hier wurde so geschrieben: Man höre immer sehr viel von der grossen Bedeutung des Arbeintsdienstes für die Jugend und dass es selbstverständlich sei, dass man denen, die im Arbeitsdienst waren, auch Arbeit gebe. Wie sei es aber wirklich? Wenn die Jungens zurückkommen, können sie keine Arbeit bekommen und haben noch nicht einmal ein Hemd am Leibe. Wir haben diesen Artikel zu Dutzenden in den Betrieben vertrieben. Das hat sehr gut gewirkt, weil gerade damals die Frage des Arbeitsdienstes stand und man die Jungarbeiter aus den Betrieben herausnehmen wollte, um dafür ältere Arbeiter hereinzunehmen. Die Jungarbeiter weigerten sich und auch ihre Mütter und Väter. Durch dieses legale Material ist eine ungeheure Diskussion entstanden. Es kam so weit, dass in verschiedenen Betrieben die Unternehmer und auch die Vertrauensräte es nicht fertig brachten, diese Jungarbeiter in den Arbeitsdienst zwangszuverschicken. Dieser

Artikel blieb natürlich nicht nur in diesem Unterbezirk. Er wurde auch in anderen Gebieten vertrieben und in der Folge zeigte es sich, dass auf der Grundlage dieser Aktion in einer Stadt bei einem Abtransport von 500 Jungarbeitern es zu stürmischen Protesten kam.

Ein Weg zur grösseren Mobilisierung der Werktätigen.

Die in den obigen Beispielen gezeigten Erfolge geschickter Ausnutzung der faschistischen Presse zeigten sich in ähnlicher Form auch bei der Auswertung eines Ärzte-Rundschreibens, in dem ebenfalls solche Dinge standen. Sehr wertvolle Hilfe leistete uns der Hinweis auf eine Denkschrift der Industrie- und Handelskammer, in der u. a. stand, dass der Herstellungspreis der Margarine pro Pfund 13 Pf. beträgt und dass die Steuern auf 1 Pfund 40 Pf. betragen. Diese Denkschrift schilderte auch wirklich die Lage im Bergbau. Sie warnte die Regierung Hitler und erinnerte an die Kriegs- und Inflationszeit. Wir haben diese Denkschrift einem Kleinbürger gezeigt und ihn gebeten, er solle sie uns auf seiner Schreibmaschine 10 mal abschreiben. Er hat uns 10 Durchschläge gemacht, aber wir wussten, dass er in Wirklichkeit 20 gemacht hatte und dass er die anderen 10 in seinem Bekanntenkreis verteilt hat. Auch wir haben unsere 10 unter die Kleinbürger weitergegeben und mit der Zeit war die Denkschrift so ziemlich im ganzen Kreis herum.

Dieses Beispiel lehrt uns nicht nur allein, wie wir faschistisches Material ausnutzen können, sondern es zeigt uns auch einen Weg solches und eigenes Material ausserhalb des Rahmens unserer Organisation massenmässig herzustellen, also von den Massen selbst und es auch über diese Kanäle an noch breitere Schichten der Bevölkerung heranzubringen. Schaffen wir solche Kanäle, auch über oppositionelle Intellektuelle, Mittelständler und vor allem Bauern.

Die proletarische Einheitsfront - die Voraussetzung für den Sturz der Hitler-Diktatur.

Eine selbstkritische Beleuchtung unserer bisherigen Arbeit zur Schaffung der Einheitsfront und die daraus sich ergebenden Lehren für unsere zukünftige Arbeit.

Wir wollen die Einheitsfront mit allen Mitgliedern, Funktionären, Gruppen und sozialdemokratischen Organisationen.

In einem westdeutschen Ort waren eine Anzahl sozialdemokratischer Organisationen, mit denen wir Verbindung hatten, u. a. auch eine grössere Organisation der linken Sozialdemokraten, die in heftigem Kampf mit dem Parteivorstand lag. Neben ihr gab es eine fast ebenso grosse oder doch ungefähr gleichstarke Gruppe, die an den Parteivorstand gebunden und eine Gruppe von SAP-lern. Mit der linken Gruppe, die ich zuerst nannte, gelang es verhältnissmässig leicht auf dem Gebiete der Gewerkschaftsarbeit, der Schulungsarbeit, der Agitation usw. zu einer einheitlichen Zusammenarbeit zu kommen. Hemmungen aber gab es bei unseren Genossen, als wir darauf drängten auch mit den rechten Sozialdemokraten, die die Politik des Parteivorstandes für gut hielten, in eine Einheitsfront zu kommen. Bei der Ablehnung der Zusammenarbeit mit den rechten Sozialdemokraten stützten sich unsere Genossen — das ist interessant — auf die Argumente der linken Sozialdemokraten, die mit dem Parteivorstand nichts mehr zu tun haben wollen. Wir haben lange mit unseren Genossen diskutiert, dass auch eine Einheitsfront mit den an den Parteivorstand gebundenen Organisationen notwendig ist. Wir sagten unseren Genossen, das es falsch sei, von vornherein eine Barriere aufrichten zu wollen und zu erklären: Hier haben wir die Gruppe des Parteivorstandes — hier haben wir die linke Gruppe usw. Mit der einen Gruppe können wir Einheitsfront machen, mit der anderen nicht. Ein solches Verhalten wäre falsch. Natürlich müssen wir uns zu den einzelnen Gruppen differenziert verhalten in unseren Angeboten, weil die eine mit diesem und die andere mit jenen einverstanden ist. Grundsätzlich sollen wir aber versuchen, mit allen sozialdemokratischen Gruppen in eine Einheitsfront zu kommen. In dem geschilderten Fall haben wir eine Möglichkeit der Zusammenarbeit mit allen Sozialdemokraten gefunden, indem wir mit Sozialdemokraten beider Gruppen gemeinsame Besprechungen durchführten.

Eine richtige Einstellung zu SPD-Genossen, die in uns noch nicht ihre Klassenbrüder sehen.

Genossen, ich will noch eine Frage stellen, wir wir feinfühliger an sozialdemokratische Gruppen und Organisationen herangehen müssen.

In einem Ort hatten wir eine Gruppe, mit der wir Einheitsfrontverhandlungen führten. Der Leiter einer Gruppe SAJ-Mitglieder war mit uns einverstanden. Der Leiter dieser Gruppe wusste aber auch, dass das Einverständnis der Leitung allein noch nicht genügt. Er sagte uns deshalb: Bei uns gibt es noch Kommunistenfresser und bei Euch gibt es sicher noch Leute, die von uns noch nicht viel wissen wollen. Wir wollen mit den bisherigen Ergebnissen in unsere Gruppe gehen und wollen hören, was unsere Genossen sagen, dann werden wir die gemeinsame Arbeit beginnen. Wir waren einverstanden und haben uns gesagt: Es wäre falsch, wenn wir erklären würden, diese Kommunistenfresser, die in der Gruppe sind, sind keine revolutionären Arbeiter. Wir müssen Methoden finden, uns auch mit solchen Leuten anzufreunden, um mit ihnen gemeinsame Arbeit zu machen.

Schon vorhandene Einheitsfront gerät ins Versacken

durch Festhalten an der RGO und durch ein falsches Verhalten zu SPD-Arbeitern.

Nicht immer liegt die Schuld, dass ein Aufruf oder Abkommen zur Einheitsfront wertlos bleibt oder wird, an auftretenden Schwierigkeiten oder an einer auftretenden ablehnenden Haltung der Einheiten der SPD, sondern oft teilweise auch an einer falschen, die Einheitsfront hemmenden Einstellung unserer Genossen, wie folgendes Beispiel zeigt.

In einem Bezirk gab es in der Illegalität verhältnissmässig noch eine ziemlich starke RGO-Organisation, die natürlich, wie im ganzen Reich, mit vielen sektiererischen Fehlern behaftet war. Trotzdem hatten wir aber in dieser Organisation im Oktober 1934 schon das erste Abkommen mit Führern der Sozialdemokratie einer kleinen Ortsgruppe. Einige Genossen der RGO führten die Verhandlungen und sie stellten die Sozialdemokraten vor die Frage des gemeinsamen Wiederaufbaus der Freien Gewerkschaften. Ein in diesem Sinne gehaltener gemeinsamer Aufruf wurde hergestellt und in den Betrieben verteilt. In der Praxis führten unsere Genossen jedoch die RGO und die Roten Verbände in den Betrieben weiter und glaubten, neben der RGO und den Roten Verbänden, die Freien Gewerkschaften aufbauen zu können. Sie glaubten auch, dass nur sie in den Betrieben diejenigen sind, die die Gewerkschaften aufbauen werden. Sie vertrauen den sozialdemokratischen Arbeitern sehr wenig und arbeiteten mit ihnen nicht genügend kameradschaftlich zusammen, zogen sie nicht heran aus Angst, das die Sozialdemokraten beim Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften eine führende Rolle bekommen könnten. Es dauerte nicht lange, dann merkten dies die Sozialdemokraten und erschienen zu den Treffs nicht mehr. Sie wurden misstrauisch und zweifelten an unserer Ehrlichkeit. Wir hatten zwar einen gemeinsamen Aufruf, doch dieser Aufruf stand auf dem Papier. Wir hatten keine gemeinsame Zusammenarbeit. Anstatt die Lehren daraus zu ziehen, argumentierten jetzt unsere Genossen gegen diese Sozialdemokraten folgendermassen: Das sind die Alten geblieben. Die arbeiten nur mit dem Mund mit uns zusammen. Seht doch, sie kommen nicht mehr zu unseren Treffs, sie sind feige und man kann mit ihnen nicht zusammenarbeiten. Sie merkten nicht, dass ihr eigenes Sektierertum es war, das sie hinderte zu einem wirklichen Erfolg zu kommen.

Eine falsche Einstellung zur SPD.

Wie das vorige, so zeigt auch das nachfolgende Beispiel nur noch krasser, dass es immer noch Genossen gibt, die noch nicht erkannt haben, dass bei den SPD-Arbeitern, auch bei vielen mittleren und selbst bei oberen Funktionären in ihren Auffassungen sich Änderungen vollzogen haben. Sie sind Gegner der faschistischen Diktatur, und Klassengenossen, was oft von vielen Genossen noch nicht begriffen wird. Das zeigt folgendes Beispiel:

Nach einer gründlichen Besprechung in der Leitung legten wir fest, dass wir, um zu Einheitsfrontmassnahmen mit sozialdemokratischen Organisationen zu kommen, uns nicht darauf beschränken, in Betrieben mit ehemaligen Betriebsräten der SPD. fühlung zu bekommen, sondern wir auch den Versuch unternehmen wollen, an obere Funktionäre der Sozialdemokratie heranzukommen. Wir haben diesen Versuch in einigen Fällen mit Erfolg gemacht. In einer Grosstadt gab es einen alten sozialdemokratischen Funktionär, der früher von der USP zur KPD kam und dann zurück zur SPD ging. Er stand früher in nicht sehr kameradschaftlicher Haltung zur KPD. Dieser Mann war im Konzentrationslager und hatte sich dort gut gehalten. In den wesentlichsten Fragen hatte er aber noch seine alte Auffassung beibehalten. Wir haben einen Genossen beauftragt, die Verbindung zu diesem Sozialdemokraten herszustellen, um zunächst nur eine Aussprache herbeizuführen. Dies lehnte der Genosse ab. Es handelte sich nicht um irgend ein einfaches Mitglied der Partei. Er war Unterbezirksleiter. Er begründete seine Haltung so: Wenn ich die Verbindung zu diesem Mann herstelle, der die Verantwortung trägt für die Politik der Sozialdemokratie in diesem Gebiet, dann begehe ich Verrat an der Partei. Das kann ich nicht verantworten. Später nach längerer Diskussion ist es gelungen, diesen Genossen von der Notwendigkeit der Herstellung der Verbindung zur SPD zu überzeugen. Es gelang auch, mit dem Sozialdemokraten in Verbindung zu treten und gemeinsam mit ihm war

es möglich, ein grosse Arbeit beim Wiederaufbau der Gewerkschaften zu leisten. *Wir sehen oft den Wald vor lauter Bäumen nicht.* Ein anderes Beispiel, das auch eine hemmende Einstellung unserer Genossen zeigt, ist folgendes:

In einer Grosstadt gibt es einen Grossbetrieb der Eisenbahner. In diesem Eisenbahnerbetrieb haben wir eine Zelle von 21 Genossen. Nach gründlicher Information und Diskussion über die Notwendigkeit der Einheitsfrontpolitik legten wir fest, dass diese Genossen alles versuchen sollen, an sozialdemokratische und früher freigewerkschaftlich organisierte Kollegen heranzugehen, um mit ihnen zunächst in der Frage der Verteidigung der Interessen der Eisenbahner im Betrieb eine Verständigung zu erzielen. Die Genossen erklärten: Bei uns im Betrieb gibt es keine sozialdemokratischen Gruppen und keine Gruppen früher freigewerkschaftlicher Kollegen. Es gibt wohl hier und dort noch einen alten Sozialdemokraten, aber die machen nichts und wir können mit ihnen in keine Verbindung kommen. Obwohl wir drei Monate Versuche machten, war es nicht möglich, eine einzige Verbindung zu finden. Nach drei Monaten erfuhren wir auf einem anderen Wege, dass aus diesem Betrieb ein früherer sozialdemokratischer Funktionär die Verbindung zu uns aufnehmen will. Wir erkundigten uns und es stellte sich heraus, dass dieser Funktionär der SPD-Leiter in diesem Betrieb war. Er wünschte eine Aussprache mit uns über gemeinsames Vorgehen in Eisenbahnerfragen. Es ist klar, dass bei einem ernsthaften Versuch unserer Genossen, die ja ihre alten Sozialdemokraten sehr gut kennen, wir die Verbindung rechtzeitig und schneller bekommen hätten und wir einen Schritt weiter wären, als es heute der Fall ist.

Nur allzu häufig fehlt zwischen unseren Genossen und den einzelnen sozialdemokratischen und ehemals freigewerkschaftlichen Arbeitern ein kameradschaftliches, freundschaftliches Verhältnis, wie es unter Arbeitskollegen üblich ist. Und da sie sich persönlich nicht verstehen, oft sogar einander ausweichen, wissen wir nicht, wo sie stehen und was sie machen. Allzuleicht nehmen wir an, die SPD ist nicht da. Das ist ein grosser Irrtum. Für unsere weitere Arbeit und das Auffinden der SPD ist das Herstellen kameradschaftlicher und freundschaftlicher Beziehungen zu den SPD-Arbeitern und ehemals Freigewerkschaftlern ein sehr wichtiges Mittel.

SPD-Funktionäre helfen uns unsere Parteiorganisation finden und schliessen mit uns erfolgreiche Einheitsfront.

In der Leitung unseres Bezirks hatten wir eine Zeitlang eine solche Auffassung: Wir können die Frage der Einheitsfront erst stellen, wenn wir unsere Parteiorganisation ausgebaut haben. In einigen Orten hatten wir nämlich gar keine Parteiorganisation, sondern nur einzelne Genossen. Wie falsch eine solche Einstellung war, sahen wir in der Praxis.

In einer Stadt, wo wir ebenfalls keine Parteiorganisation hatten, kamen wir zuerst mit einem früheren Gewerkschaftsfunktionär in Verbindung. Wir besprachen mit ihm den Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften. Er war ein Sozialdemokrat und auf meine Frage erklärte er: Jawohl, ich kenne noch einige Kommunisten. Ich weiss, wo sie wohnen und ich weiss, sie sind heute noch gut. Mit ihnen werde ich diese Fragen durchsprechen. Wir kamen über diesen Sozialdemokraten an die Parteiorganisation in diesem Gebiet heran und es gelang auch beim Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften einige gemeinsame Erfolge zu erzielen. Wir sehen an diesem Beispiel, dass man auch über Sozialdemokraten an die Parteiorganisation herankommen kann, dass sie ehrlich sind, mit unseren Genossen sprechen und gemeinsam mit uns die Arbeit durchführen wollen.

In einem entscheidenden Grossbetrieb kamen wir auch in Fühlung mit einem führenden Funktionär der Sozialdemokratie, der in Verbindung stand mit der sozialdemokratischen Leitung. Er war einverstanden mit dem Dortmunder Einheitsfrontabkommen, das zwischen uns und der dortigen SP-Leitung geschlossen wurde und versprach, uns die Verbindung mit Sozialdemokraten in drei entscheidenden Betrieben herzustellen. Dabei stellte er uns die Gegenforderung, dass wir ihm drei Genossen von uns aus diesen Betrieben bringen.

> Für unser Verhalten zu den SPD-Genossen, besonders ihren Gruppen, ist es notwendig, aus solchen Beispielen die Schlussfolgerung zu ziehen, dass auch wir ihnen helfen. Wir können das besonders in der Frage der Konspiration. Wir haben eine reiche Erfahrung und können ihnen sagen, wie wir gemeinsam den Aufbau von Gruppen der Freien Gewerkschaften und die Bildung von Einheitsfrontorganen in den Betrieben sichern können.

Die Formen der Einheitsfront können die vielfältigsten sein.

In wie vielfältiger Form sich die Einheitsfront darstellen kann, dafür nur ein Beispiel: Ein führender Funktionär der SPD starb. Wir besprachen uns mit den Genossen und alles was von uns nur irgend mitgehen konnte, ging bei seiner Beerdigung mit. Das hat einen ungeheuren Eindruck auf die SPD-Arbeiter gemacht. Sie sahen wirklich den Willen bei unseren Genossen, mit ihnen in einer Front zu marschieren. Wir konnten nachher, als unser ehemaliger Stadtverordneter starb, feststellen, dass auch Beerdigungen wirkliche Demonstrationen werden können. Diese Beerdigung war wirklich eine Demonstration. Weit über 600 Mann beteiligten sich daran. Und dabei war ein sehr grosser Teil SPD- und christliche Arbeiter.

Vom Aufbau der Partei-, Jugend- u. Gewerkschaftsorganisationen.

Durch Ausnutzung alter früherer Funktionäre zu einem schnelleren Erfolg.

Innerhalb unseres Bezirkes gibt es einen Rüstungsbetrieb mit ca. 12.000 Mann Belegschaft, in dem die Arbeit verhältnismässig schwer ist. Ich war für diesen Betrieb persönlich verantwortlich und ich muss sagen, dass wir trotz dreivierteljähriger Arbeit in diesem Betrieb nicht besonders weit vorwärts gekommen sind. Was haben wir zuerst versucht? Das war noch vor der Zeit, als ich in diesen Bezirk kam. Man hat dort versucht, innerhalb des Betriebes, wo zu den Parteigenossen keine Verbindung bestand, eine Parteiorganisation aufzubauen. Wir mussten anknüpfen an das, was da war. Wir mussten an Arbeiter herangehen, die nicht Parteigenossen waren, die in irgend einer Form mit uns nur sympathisierten, die aber noch keineswegs bereit waren, in die Kommunistische Partei einzutreten, die sich noch keineswegs zu den Prinzipien des Kommunismus bekannten, die aber gewillt waren, in irgend einer Form innerhalb des Betriebes zur Verteidigung ihrer materiellen Interessen, für irgendwelche politischen und demokratischen Rechte gegen den Faschismus zu kämpfen. Mit diesem Menschenmaterial haben wir angefangen. Aber wir haben, trotzdem sie noch nicht bereit waren in die Parteiorganisation einzutreten, versucht, sie für die Partei zu gewinnen. Und Genossen, ich muss Euch offen sagen, wir sind damit über den Stand von 5 Mitgliedern nicht hinausgekommen.

Was wurde dann gemacht? Wir schritten im Gegensatz zu der ersten Methode, die angewandt wurde, dazu, innerhalb des Betriebes Gewerkschaftsgruppen aufzubauen. Wie? Wir haben es so gemacht: Wir sind genau so wie früher, als wir versucht haben, parteilose Arbeiter für die Partei zu werben, dazu übergegangen, einzelne Arbeiter, zu denen wir Verbindung hatten, oder über die wir Verbindung zu anderen herstellen konnten, für eine Betriebsgruppe der Gewerkschaft zu werben. Wir wussten, innerhalb des Betriebes müssen sowohl Parteigenossen als auch Sozialdemokraten, und auch eine Gruppe der KPO sein. Aber wir kamen nicht an sie heran. Demzufolge mussten wir uns anfangs nur auf die Werbung einzelner Arbeiter für eine solche Betriebsgruppe der Gewerkschaft beschränken. Das war meines Erachtens für den Anfang noch keineswegs falsch. Man muss sich ja über irgendjemand an die Sozialdemokratie oder an andere Organisationen heranarbeiten. Das ist ohne Zweifel richtig, um dann mit ihnen gemeinsam die Gewerkschaft aufzubauen. Aber was war falsch an unserer Methode? Falsch war, dass wir noch entsprechend den innerhalb der Parteiorganisation zum Teil heute noch vorhandenen falschen Auffassungen versucht haben, alles in ein starres Schema zu pressen. Wir haben keinen einzelnen Arbeiter, der sich solch einer Gewerkschaftsgruppe anschliessen wollte, innerhalb der Abteilung, innerhalb des Gesamtbetriebes als ein vollwertiges Gewerkschaftsmitglied betrachtet, wenn er nicht pünktlich und regelmässig seine 20 Pfg. Beitrag für die Gewerkschaft bezahlt hat. Aus diesem Grunde, auch aus anderen, die mit solch starren Organisationsformen in Verbindung zu bringen sind, ist es eben dazu gekommen, dass wir auch mit diesen Methoden innerhalb dieses Betriebes, wo die Arbeit verhältnissmässig schwer zu leisten war, nicht vorwärts gekommen sind. Wir sind jetzt zuletzt dadurch, dass wir einen alten ehemaligen Funktionär ausnutzten und mit ihm verschiedene Dinge besprechen konnten, und er uns auf Grund seiner früheren Erfahrungen auf einige Besonderheiten bei diesem Betriebe hinweisen konnte, erst darauf gekommen, dass wir bei der Organisierung irgendwelcher Bewegungen innerhalb dieses Betriebes, der von ausserordentlicher Bedeutung ist, andere Methoden anwenden müssen. Und erst mit Hilfe dieses alten Genossen, sind wir dazu übergegangen bezw. haben wir die ersten Schritte unternommen, innerhalb der keinen Ortschaften, die in einem grossen Umkreis um diesen Betrieb herumliegen, die Parteigenossen, die heute noch in dem Betrieb arbeiten, zu sammeln, sie vorläufig in selbständigen, ich möchte sagen Abteilungszellen zusammenfassten, die durch einen bezw. mehrere Instrukteure untereinander verbunden wurden, um gleichzeitig mit Hilfe dieses alten Genossen, der auch Verbindung zu den Sozialdemokraten innerhalb dieses Betriebes hatte, gemeinsam mit der Parteiorganisation die Freie Gewerkschaft innerhalb dieses Betriebes aufzubauen.

> Bei der Heranziehung alter Funktionäre, die uns nicht nur mit Rat und Tat in der Arbeit helfen können, sondern die auch in der Lage sind, ein grosses Stück Schulungsarbeit und politische Erziehungsarbeit zu machen, ist ihr Bekanntsein zu beachten. Wir müssen vor allem sie und ihre Tätigkeit sehr gut sichern. Dadurch sichern wir auch die Partei. Wie das im einzelnen Falle gemacht werden muss, hängt von der konkreten Lage ab.

Eine gute Methode der Heranziehung neuer Kader für die freie Jugendbewegung.

Wir haben in einem wichtigen Betriebe einen Lehrling, der war so etwas für uns wie ein Edelstein, da er in der Hitlerjugend organisiert war. Mit dem Jungen war aber nichts anzufangen. Er interessierte sich nicht für den Jugendverband, obwohl er Mitglied war. Das ging ein ganzes Jahr lang so. Was haben wir gemacht? Wir haben der Zelle des Betriebes, in dem der Jugendgenosse arbeitete, gesagt, dass sie versuchen sollen ihn für einen Schwimmverein zu gewinnen, in dem es knorke sei usw. Der Jugende ist auch dorthingegangen

und wir haben dann dem Zellenleiter in diesem Verein einen Wink gegeben und ihm gesagt, du musst dich ein bisschen mit dem Jungen befassen. Er soll erzählen, was im Betrieb vor sich geht usw. Das ging ein halbes Jahr so. Und heute entwickelt der Junge eine solche politische Aktivität, dass er einer der aktivsten Genossen ist. Unsere Stellung in der ganzen Lehrlingsbude wurde eben dadurch gestärkt, dass wir ihn in diese Schwimmorganisation gesteckt haben. Das zeigt, wenn wir diese Methode, diese lebendige jugendmässige Methode anwenden, dann werden wir nicht nur einen Stift erziehen, sondern hunderte und tausende solcher Lehrlinge zu Kämpfern machen. Das ist die Frage und die müssen wir sehen, wenn wir eine einheitliche Jugendorganisation neuen Typs schaffen wollen, so wie sie in den Beschlüssen des KIM-Kongresses niedergelegt sind.

Lehren der Siemensbewegung.

Von Walter.

Die Direktion der Siemenswerke, wo 40.000 Arbeiter beschäftigt sind, hat im Einvernehmen mit der Arbeitsfront Dekadenlohnzahlung mit monatlicher Abrechnung eingeführt. Dabei wurden den Arbeitern höhere Abzüge gemacht. Infolge des Widerstandes in den Abteilungen und Werken musste die wöchentliche Lohnberechnung wieder eingeführt werden. Diese Widerstandsbewegung zur Zeit des Beginns einer neuen Rationalisierung gibt für die gesamte Arbeiterklasse grosse taktische Lehren für den Kampf um die Verteidigung ihrer Lebensinteressen, für den Aufbau der freien Gewerkschaftsbewegung und für die Heranführung der Massen an die Streikkämpfe und an das Ziel: Sturz des Hitlerfaschismus.

Als die Direktion die Einführung der Dekadenzahlung mit monatlicher Lohnabrechnung bekanntgab, reagierten die Arbeiter anfangs noch nicht. Es war die Aufgabe der Kommunisten und der freien Gewerkschaftler, sich unmittelbar *mit den sozialdemokratischen Klassengenossen in Verbindung zu setzen* und zu beratschlagen, wie mit Hilfe der Flüsterzeitung, durch gemeinsame Verbreitung der Forderung auf *Wiedereinführung des Wochenlohnes* und gegen die vielen Abzüge die Arbeiter und Angestellten zum gemeinsamen Widerstand gebracht werden können. Es zeigte sich bei vielen Kommunisten eine Unterschätzung der Bedeutung der Lohnfragen und bei vielen Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern eine abwartende Haltung. Es kommt aber in einer solchen Situation darauf an, dass die fortgeschrittensten antifaschistischen Kader den Arbeitern und Angestellten im einzelnen nachweisen, wie die neue Lohnberechnung zum Schaden der Arbeiter und zum Nutzen des Unternehmers ist. Wenn anfangs die antifaschistischen Funktionäre nicht unmittelbar reagierten, so auch deshalb, weil sie vielfach nicht die Möglichkeiten der Ausnutzung der unteren Funktionen in der DAF sahen und dadurch die legale Gewinnung der Kollegen für den Widerstand unterschätzten.

Als nach 4 Wochen bei der Lohnabrechnung höhere *Abzüge* gemacht wurden und *unzählige Differenzen über die Berechnung der Abzüge entstanden,* entwickelte sich die Widerstandsbewegung, indem die Arbeiter untereinander diskutierten, ob das etwa „Volksgemeinschaft" sei, dass bei den Arbeitern grössere Abzüge vorgenommen werden, während die Dividenden der Aktionäre steigen. Die Blockwarte und Vertrauensräte wurden mit Fragen bestürmt: Wie steht ihr zur Dekadenzahlung? Die Arbeiter gingen *zu den Meistern, zu den Vertrauensräten und zum Lohnbüro.* Sie protestierten gegen die höheren Abzüge und verlangten eine genaue Aufrechnung ihres Lohnes und der Abzüge. Von den Vertrauensräten wurde verlangt, sie sollen sich an die DAF wenden und die Wiedereinführung der

wöchentlichen Lohnabrechnung fordern. Verschiedene Blockwarte und Vertrauensräte sind auch unter dem Druck der Kollegen für die Arbeiterforderungen eingetreten und wurden deshalb später von der Direktion und von der DAF abgesetzt oder in andere Abteilungen versetzt. Es gibt Beispiele, wo die Kollegen vom Vertrauensrat verlangten, dass er Unterschriftenlisten zirkulieren lassen solle und als dieser es ablehnte, die Kollegen die Listen selbst anfertigten und zirkulieren liessen. Es gab Beispiele, wo in Abteilungen spontan während der Pause gegen oder für die neue Lohnabrechnung offen abgestimmt wurde. *Der Druck auf die Arbeitsfrontfunktionäre und das Verlangen auf genaue Abrechnung der Abzüge im Lohn gaben den aktivsten Antifaschisten die Möglichkeit, legal auf die ganze Masse der Arbeiter und Angestellten einzuwirken und auch den grössten Teil der NSBO-Mitglieder für die Arbeiterforderungen in Bewegung zu bringen. Die Entwicklung der Siemensbewegung zeigt die grosse Bedeutung der Verknüpfung der illegalen Kampforganisierung durch Verständigung antifaschistischer Funktionäre über das gemeinsame Vorgehen mit der Ausnutzung der legalen Möglichkeiten* in Form von Forderungen an die Arbeitsfrontfunktionäre, um damit die ganze Masse in Bewegung zu bringen. Das Beispiel zeigt, dass *durch die aktive Vertretung der gewerkschaftlichen Interessen* die Massen der Arbeiter gegen die Politik der Kapitalisten und der faschistischen Arbeitsfront in Bewegung gebracht werden. Nicht durch Gerede über „Zersetzungsarbeit in der DAF", sondren durch den Kampf um die Arbeiterforderungen erfolgt im Endergebnis die Sprengung der DAF. Wenn sozialdemokratische Funktionäre darauf hinweisen, dass die DAF doch nicht als Gewerkschaftsorganisation auftritt und deshalb eine Arbeit in diesen Organisationen unmöglich sei, so zeigt das eine falsche Auffassung über den Zweck der Arbeit in der DAF. Selbstverständlich ist die DAF eine faschistische Organisation. Aber es genügt nicht, die zwangsweise oder freiwillig dort organisierten Mitglieder durch eine prinzipielle Agitation aufzuklären, sondern es kommt darauf an, jede legale Möglichkeit, die diese Organisation bietet, zur Vertretung der gewerkschaftlichen Interessen der Arbeiter zu benutzen, um damit die Arbeiterforderungen durchzusetzen und die nationalsozialistischen Anhänger durch diese Erfahrungen vom arbeiterfeindlichen Charakter des Faschismus zu überzeugen. Wer statt dessen erklärt, man müsse die „DAF von aussen zerschlagen", der überlässt nicht nur jene Arbeiter und Angestellten, die unter nationalsozialistischem Einfluss stehen, der Demagogie der Göbbels und Ley, sondern er betreibt eine Abwartepolitik, denn ohne die Anknüpfung an die legalen Möglichkeiten in der DAF ist es nicht möglich, die Arbeiter zu einem einheitlichen Vorgehen für ihre Interessen zu gewinnen. Die Ersetzung des konkreten Kampfes um die Arbeiterforderungen und gegen die faschistische DAF-Politik von innen und aussen durch radikale Reden über „Zerschlagen der Arbeitsfront" bedeutet die Beschränkung der antifaschistischen Tätigkeit auf allgemeine Agitation.

Die Forderungen an die Blockwarte und Vertrauensräte und an die DAF, die Ausnutzung der legalen Möglichkeiten darf jedoch *keineswegs eine Beschränkung auf diese legalen Möglichkeiten oder eine Unterordnung unter die Anweisungen der DAF-Funktionäre bedeuten.* Umgekehrt. Es ist ein vorbildliches Beispiel, dass die Arbeiter vom Vertrauensrat verlangten, dass er Unterschriftenlisten zirkulieren lasse und als dieser das ablehnte, selbständig diese Unterschriftenlisten herstellten und zirkulieren liessen und so eine schriftliche Abstimmung für ihre Forderung gegen die Massnahme der Direktion und gegen das Verhalten der Arbeitsfrontfunktionäre durchführten.

Die Direktion hat sich bei der Arbeitsfront über viele Blockwarte und Vertrauensräte beschwert, weil diese nicht genügend aktiv gegen die Arbeiterforderungen aufgetreten sind. *Es wäre ein ernster Fehler, wenn die Antifaschisten diese Arbeitsfrontfunktionäre boykottieren würden,* statt mit ihnen zu sprechen, um sie allmählich vom faschistischenEinfluss zu befreien. Diese unteren Funktionäre haben im allgemeinen die gleichen Arbeitsbedingungen wie die anderen Arbeiter und deshalb auch im wesentlichen die gleichen wirtschaftlichen Interessen. Im Falle einer Widerstandsbewegung oder eines Streiks ist die erfolgreiche Durchführung dieses Kampfes vom gemeinsamen Auftreten der Kollegen in der Abteilung oder im Betrieb abhängig, also auch von der Gewinnung der NSBO-Mitglieder. Bei Siemens wurde eine Anzahl unterer Arbeitsfrontfunktionäre in andere Abteilungen versetzt oder abgesetzt. Statt sich für die Interessen jener unteren Arbeitsfrontfunktionäre einzusetzen, die von der Direktion gemassregelt wurden, zeigte sich bei vielen Kollegen Schadenfreude. Wäre es nicht besser, diesen Blockwarten und Vertrauensräten noch mehr den Rücken zu steifen, um sie gegen die Direktion und gegen die Arbeitsfrontbonzen zu stärken und möglichst diese Funktionsenthebung nicht anzuerkennen? In solchen Fällen, wo die Funktionen gegenwärtig nicht besetzt sind, wäre es der nächste Schritt, dass die Kollegen sich in der Pause darüber verständigen, welcher Kollege ihres Vertrauens als Arbeitsfrontfunktionär tätig sein soll und sich dagegen wenden, dass ihnen von oben ein Funktionär auf die Nase gesetzt wird. Gibt es nicht schon in verschiedenen Betriebe Beispiele, dass der Unternehmer solche Arbeiter, die das Vertrauen der Kollegen besitzen, anerkennen musste? Es wäre falsch, jeden Arbeiter, der eine Arbeitsfrontfunktion hat, nur deshalb, weil er diesen Titel trägt, von vornherein zu verurteilen. *Man muss die unteren Arbeitsfrontfunktionäre danach beurteilen, was sie für die Arbeiterinteressen tun und die grössten Anstrengungen machen, diese Kollegen für den Kampf um gewerkschaftliche Forderungen zu gewinnen.* So konsequent wir den Kampf um die unteren Funktionäre in der DAF führen, so müssen wir gleichzeitig darauf aufmerksam machen, dass es eine opportunistische Entstellung der Taktik des trojanischen Pferdes wäre, wenn Antifaschisten isoliert von den Kollegen im Betrieb eine solche Funktion annehmen würden und statt in vorbildlicher Weise die Arbeiterinteressen zu vertreten, sich passiv verhalten oder etwa

glauben, sich durch besonders aktiven Vertrieb des „Arbeitertum" und „Heil Hitler"-Rufen auszeichnen zu müssen.

Als die Arbeitsfront und die Siemens-Direktion durch eine Kundgebung in der Deutschlandhalle versuchten, die Arbeiter durch nationalsozialistische Phrasen von ihrer Forderung abzubringen, war es richtig, sich dem Kartenverkauf und dem Besuch dieser Kundgebung zu widersetzen. Das kann aber nicht als Beweis für die Vertretung einer allgemeinen Boykott-Taktik gelten. In einem anderen Grossbetrieb z. B., wo eine Versammlung im Werk stattfinden sollte, gaben die Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam die Losung aus, in die Versammlung zu gehen und sie bei Beginn zu verlassen, d. h. auf diese Weise die Versammlung zu stören, da die Bedingungen für ein Auftreten in dieser Riesenversammlung nicht gegeben waren. Im allgemeinen ist es notwendig, nicht nur die Belegschaftsversammlungen der DAF zu besuchen, sondern wir müssen auch die Einberufung solcher Versammlungen, wie es übrigens in einigen Werken bei Siemens geschah, fordern. Das macht aber notwendig, dass die Versammlungen durch Flüsterzeitung, Verbreitung von Handzetteln mit Fragen und dergl. *vorbereitet* werden. Wenn das nicht geschieht und in der Versammlung der Redner nicht durch Verbreitung von Handzeteln, durch Zwischenrufe, durch Fragestellung usw. gezwungen wird, sich mit den Forderungen der Belegschaft auseinanderzusetzen, dann wird kein Arbeiter verstehen, warum die Versammlung besucht werden soll, denn dann führt der Besuch einer solchen Versammlung nicht zur Sammlung und Aktivisierung der Belegschaft, sondern zur Desorientierung.

Der Verlauf der Siemensbewegung zeigt, *in welcher Weise der Kampf um die Arbeiterrechte, um grössere Bewegungsfreiheit, um demokratische Freiheiten geführt werden kann.* Die Abstimmung in der Pause, die Unterschriftensammlung, die Forderung auf Einberufung einer Werksversammlung zur Meinungsäusserung der Arbeiter zur Lohnfrage, die kollektive Vertretung der Arbeiterforderungen durch die gemeinsamen Wanderungen zum Lohnbüro und zu den DAF-Funktionären, die Erzwingung der Freilassung der 3 verhafteten Arbeiter — das ist der Weg des Kampfes um die Arbeiterrechte und zeigt den ersten Schritt der Massenbewegung, die sich gegen die faschistische Diktatur richtet. Zweifellos ist der Kampf um die demokratischen Freiheiten durch die Sozialdemokratie und die bürgerlichen Parteien so diskreditiert, dass viele Arbeiter, wenn sie von „demokratischen Freiheiten" hören, sich darunter nichts anderes als Notverordnungspolitik und parlamentarischen Kuhhandel vorstellen. Wir können dieses gesunde Misstrauen verstehen, aber es ist notwendig, gerade auf Grund der Erfahrungen der Siemensbewegung endlich zu lernen, wie unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur der Kampf um die Freiheit begonnen werden muss.

Der Prager Vorstand der Sozialdemokratie erwartet das Heil von Teilen der Bourgeoisie und von Reichswehrkreisen. Alle paar Monaten teilt er seinen Funktionären eine neue Ente mit, um sie davon zu

überzeugen, dass im Interesse der Zusammenarbeit mit Kräften der Bourgeoisie und der Reichswehr es notwendig sei, den Kampf gegen die Einheitsfront und gegen den Kommunismus zu führen. Durch diese Gerüchte aus den Kreisen des Prager Verstandes wurden bis heute zwar keine Anhänger der Bourgeoisie oder Reichswehrkreise gewonnen, aber Hitler konnte durch das Nichtzustandekommen der Einheitsfront den Terror auch gegen die Sozialdemokraten und Katholiken verschärfen. Die Politik der reaktionären Führer der Sozialdemokratie nutzt nur Hitler. Es gehört zu den Lehren der Siemensbewegung, dass erst durch den aktiven Kampf der Arbeiterklasse auch die Differenzen in der Bourgeoisie und in der Reichswehr über die Herrschaftsmethoden sich entwickeln und nur eine Arbeiterklasse, deren Kern eine kraftvolle Einheitsfront der Kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei ist, die Fähigkeit besitzt, eine breite antifaschistische Volksfront gegen Hitler zu schaffen, die imstande ist, auch mit antihitlerischen Kräften aus dem Bürgertum und der Reichswehr gemeinsame Massnahmen zu besprechen.

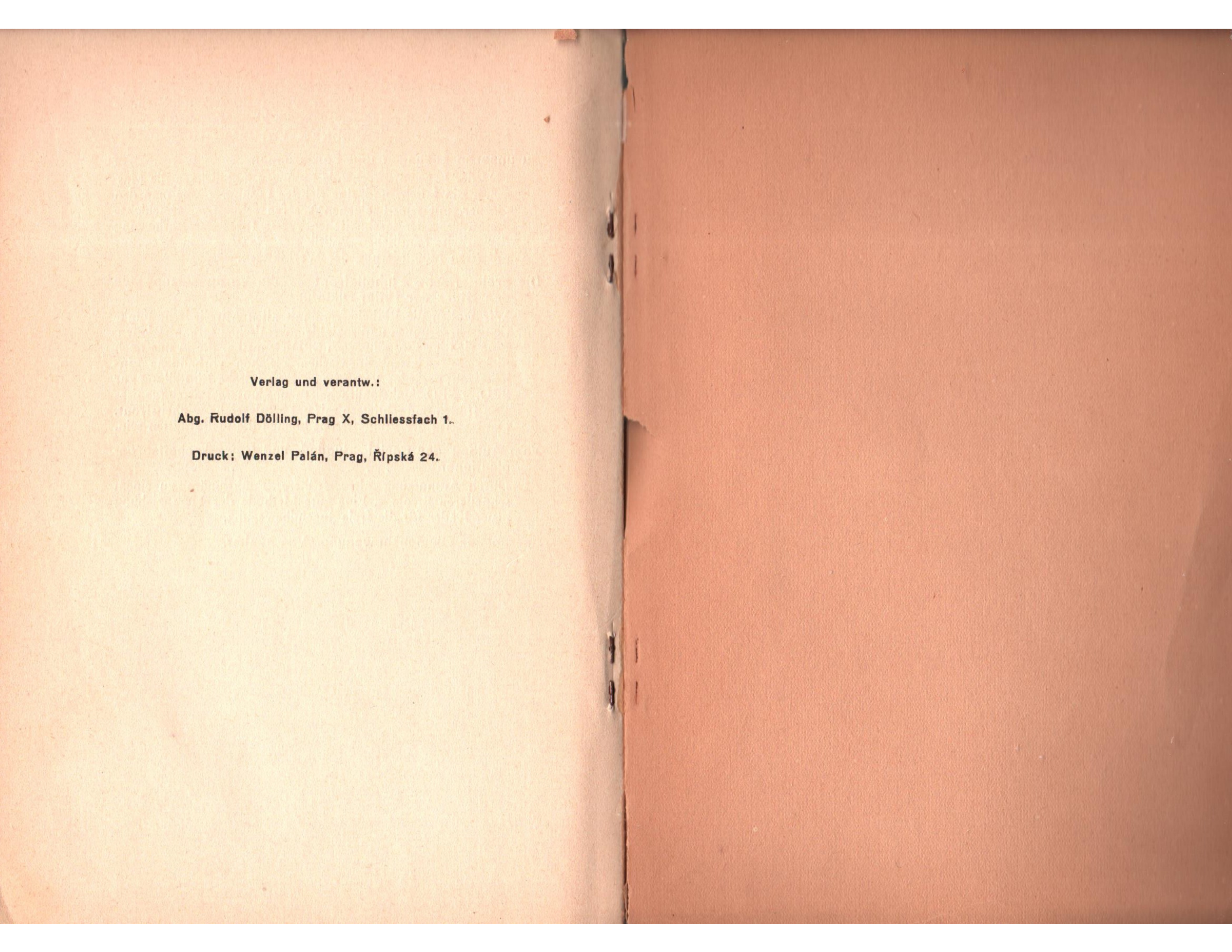
Zusammenfassend ziehen wir folgende Schlussfolgerungen:

1. Es ist die nächste Aufgabe der Partei, in Anwendung der Beschlüsse der Brüsseler Parteikonferenz zu lernen, den Kampf um die Lohnforderungen und sonstige tägliche Interessen der Arbeiter zu führen, die Solidarität in der Arbeiterklasse zu fördern und so bei der Schaffung der *Einheitsfront* zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Funktionären und Organisationen an jene Fragen der wirtschaftlichen und freiheitlichen Forderungen anzuknüpfen, die die Arbeitermassen bewegen. Je früher die Einheitsfront geschaffen und je aktionsfähiger sie ist, umso geschlossener gelingt es, die Arbeiter zu Widerstandsaktionen zu bewegen.

2. Die Siemensbewegung zeigte die grosse Bedeutung der Initiative der einzelnen kommunistischen Gruppen und antifaschistischen Funktionäre. Es gilt die Arbeiterkader, die sich in der Bewegung bewährt haben, zu schulen und nicht nur die Kommunisten zu Organisatoren des revolutionären Massenkampfes zu erziehen, sondern, wie Genosse Dimitroff sagte, einen breiten Kreis parteiloser Bolschewiken heranzubilden.

3. Die Siemensbewegung gab das lebendige Beispiel, wie die illegale Kampforganisierung durch die Schaffung der Einheitsfront und der Aufbau illegaler freigewerkschaftlicher Gruppen mit der Ausnutzung aller legalen Möglichkeiten verbunden werden muss, um die Massen der Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten in Bewegung zu bringen. Die Besetzung unterer Funktionen der DAF mit Antifaschisten und die Gewinnung von Blockwarten und Vertrauensräten für den Kampf um die Arbeiterinteressen ist eine wichtige Aufgabe zur Vorbereitung der Widerstandsaktionen und zur Loslösung von NSBO-Mitgliedern vom nationalsozialistischem Einfluss.

Inhaltsverzeichnis.



Verlag und verantw.:

Abg. Rudolf Dölling, Prag X, Schliessfach 1.

Druck: Wenzel Palán, Prag, Řípská 24.

DIE INTERNATIONALE

Zeitschrift für Theorie und Praxis des Marxismus.
Gegründet von Rosa Luxemburg und Franz Mehring.
Nr. 2/3, 1936.

Das soeben erscheinende Heft 2/3 der Zeitschrift „Die Internationale" verdient besonderes Interesse. Es gibt in seinem Leitartikel von Walter: „Nur die Einheit gegen Hitler kann das deutsche Volk retten" einen wegweisenden Beitrag zur Frage des einheitlichen Zusammenschlusses aller deutschen Organisationen, die in Opposition zum Hitlerregime stehen. Bekanntlich ist eine deutsche Volksfront aus allen hitlergegnerischen Richtungen und unter Teilnahme weltbekannter Persönlichkeiten aus Kunst und Wissenschaft in der Bildung begriffen. — Das Heft enthält ferner eine grundlegende Auseinandersetzung mit den Hitlerreden der letzten Monate. Es behandelt mit umfassendem Material die deutsche Kolonialpolitik der Vorkriegszeit und Heute. Es bringt bedeutsame Beiträge über den Stachanowismus und die hitlersche Rationalisierung, über die deutsche Gewerkschaftsbewegung, über die Beziehungen des Hitlerregimes zum deutschen Monopolkapital und über 120 Jahre deutschen Kampfes für demokratische Freiheiten.

Das Heft, das ein Kunstdruckbild von Ernst Thälmann und einen ausführlichen Anhang über illegale Arbeit in Deutschland, internationale Arbeiterbewegung, Jugendbewegung, Wirtschaft, Zeitschriftenschau usw. enthält, zeigt in seinem ganzen Inhalt den heroischen Kampf der deutschen Hitlergegner für den Frieden.

Preis Kč 3.—, sfrs 0.40, ffrs 2.—, Fl 0.20, Dol. 0.20, D 0.80, Skr 0.40, Dkz 0.50.

Auslieferung für die ČSR: Buchhandlung Paul Prokop, Praha II, Hybernská 26.

VERLAG RUDOLF DÖLLING
PRAG X, POSTAMT 40, SCHLIESSFACH 1.

